

# VORUNTERSUCHUNG: PLAN A FÜR DIE LAUSITZ (ARBEITSTITEL)

*Eine Initiative für das gute Leben in der Lausitz*

*im Auftrag der European Climate Foundation (ECF)*

Dagmar Schmidt  
Burgsdorfstr. 2  
13353 Berlin  
E-Mail: [dbschmidt@gmx.net](mailto:dbschmidt@gmx.net)  
Mobil: 0176 960 80 654  
Fest: 030 664 01 856

*Endversion: 11.09.2014*

Inhaltsverzeichnis.....	2
1. Zusammenfassung .....	3
Management Summary.....	11
2. Ergebnisse .....	12
2.1 KOMMUNALES ENGAGEMENT .....	13
2.2 GOVERNANCE UND PARTEIEN.....	14
2.3 WIRTSCHAFTLICHES ENTWICKLUNGSPOTENTIAL .....	15
2.4 PROJEKTSTRUKTUREN .....	17
2.5 SOZIALE, KULTURELLE UND ETHISCHE ASPEKTE .....	18
2.6 MENTALITÄT UND IDENTITÄT.....	19
2.7 MÖGLICHE ROLLE DER EVANGELISCHEN KIRCHE .....	20
2.8 KOMMUNIKATION .....	21
2.9 GEOGRAFISCHE UND UMWELTASPEKTE .....	22
2.10 LAUSITZ. GEMEINSAM DENKEN, GEMEINSAM HANDELN?.....	23
2.11 BRAUNKOHLETAGEBAU .....	24
2.12 AKTEURE UND AKTEURSKONSTELLATIONEN.....	25
3. Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen .....	26
4. Fazit der Voruntersuchung .....	29
5. Nächste Schritte – Verwertung der Voruntersuchung .....	30
6. Anhänge .....	32
Anhang I: DIE PROJEKTIDEE .....	32
Anhang II: HERANGEHENSWEISE.....	33
1.1 QUALITATIVE BEFRAGUNG .....	33
1.2 GROBER GESPRÄCHSLEITFADEN .....	34
1.3 VERTEILUNG.....	35
Anhang III: LITERATUR .....	38
Anhang IV: ZITATE,WÜNSCHE UND HOFFNUNGEN .....	39

### Entstehungsprozess „Plan A für die Lausitz“

Ein „Plan A für die Lausitz“ – unter diesem Arbeitstitel entstand im Zusammenhang mit der energie- und klimapolitischen Debatte der Gedanke, ein Bündnis aus unabhängigen Akteuren zu schaffen. Ziel war es, gemeinsam mit den Menschen in der Region ein Zukunftsbild des „guten Lebens in der Lausitz“ zu entwerfen sowie Chancen und Entwicklungsperspektiven herauszuarbeiten. Dieser Prozess sollte sich nicht explizit *gegen* etwas positionieren, auch nicht gegen die derzeitige Nutzung der Braunkohle. Die Idee zielte vielmehr darauf ab, die Lausitzer *für* die Gestaltung ihrer eigenen Zukunft zu stärken.

Schon 2012 bestand vor diesem Hintergrund der Wunsch, die evangelische Kirche (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz - EKBO) als Projektträgerin für einen Leitbildprozess zu gewinnen. Ein sich anschließender einjähriger Prozess, in dem viele inner- und außerkirchliche Vertreter zu Wort kamen, sollte die mögliche Verankerung des Projektes festzurren. Am Ende dieser Deliberation sah sich die EKBO jedoch nicht dazu in der Lage, die Projektträgerschaft zu übernehmen. Damit war der ursprüngliche Ansatz, dass die EKBO als zentrale Institution einen Leitbildprozess initiiert, zunächst nicht mehr umsetzbar.

Die Idee eines in der gesellschaftlich breit verankerten Diskussionsprozesses ist damit aber nicht verworfen oder ad acta gelegt. Das vorliegende Papier dient deshalb als Diskussionsgrundlage für einen breit angelegten Beteiligungsprozesses in der Lausitz – überschrieben mit dem Titel „Initiative für das gute Leben in der Lausitz“. Es stellt zunächst die Ergebnisse einer Voruntersuchung dar, mit der die European Climate Foundation im Winter 2013/2014 eine Bestandsaufnahme in der Region vorgenommen hat. Die zentrale Frage dieser Bestandsaufnahme lautete:

*Welches Potential gibt es in der Lausitz, aus der Mitte der Gesellschaft heraus ein neues Leitbild für „ein gutes Leben“ zu entwickeln?*

Diese Bestandsaufnahme entstand aus 63 Einzelgesprächen mit Insidern, die in der Lausitz leben oder sich beruflich mit ihr befassen. Sie identifizieren wichtige zivilgesellschaftliche und institutionelle Akteure und analysieren prozessrelevante Aspekte. Die Ergebnisse dieser Interviews können im nächsten Schritt das Fundament für die Konzeption eines Beteiligungsprozesses bilden. Hauptziel der Voruntersuchung war die Entwicklung von Handlungsempfehlungen dafür, wie der anvisierte Beteiligungsprozess zu organisieren sei. Daneben hatte die Voruntersuchung die Aktivierung der Teilnehmenden für den künftigen Dialogprozess im Blick. In Teilen ist dies auch gelungen.

Dagmar Schmidt arbeitet als partizipative Projektentwicklerin und begleitet Beteiligungsprozesse. Sie hat die Voruntersuchung im Auftrag der European Climate Foundation (ECF) durchgeführt.

Die folgenden Seiten geben zunächst einen kurzen Überblick über die Voruntersuchung. Für tiefere Einblicke folgt danach der gesamte Bericht.

## **Ergebnisse der Voruntersuchung**

Die Ergebnisse der Befragung sprechen dafür, die Idee einer neu zu formenden lokalen Initiative weiter zu verfolgen. „Wenn die anderen noch nicht wollen, machen wir uns schon auf den Weg!“ So formulierte es einer der Interviewten. Nach Ansicht von vielen Teilnehmenden ist die Zeit reif für eine neue Koalition aus gestaltungswilligen und vorwärtsdenkenden Akteuren. Aus vergangenen Projekten und bestehender Netzwerkarbeit ist erkennbar, dass die Vernetzung ähnlich gerichteter Initiativen in der Lausitz bisher nicht dauerhaft gelungen ist. Notwendig wären eine stetige professionelle Begleitung sowie unabhängige Finanzierungsquellen, um die Zusammenarbeit gezielt zu fördern und zu stabilisieren.

Der Wunsch nach Veränderung liegt in der Luft. Der Braunkohleabbau ist aus Sicht aller Befragten der wichtigste Einzelfaktor für die Zukunft der Region. Zwar fordern nur wenige einen sofortigen Stopp. Große Übereinstimmung besteht allerdings darin, dass der bislang bestehende, scheinbar unvereinbare Gegensatz zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und ökologischer Nachhaltigkeit überwunden werden kann. Im Vordergrund steht der Wunsch, die Region sowohl sozial- und wirtschaftsverträglich als auch umweltverträglich weiterzuentwickeln. Unklar bleibt allerdings, woher eine Struktur kommen soll, die darauf abzielende Veränderungsprozesse in der Region begleitet und unterstützt.

Eine Ordnung der Aussagen nach politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ethischen Gesichtspunkten soll helfen, Hintergründe und Zusammenhänge besser zu erkennen und daraus Gemeinsamkeiten für einen Dialog abzuleiten. Die Bestandsaufnahme basiert auf subjektiven Aussagen und ist deshalb auch so zu bewerten. Im Folgenden werden sie in kondensierter Form wiedergegeben.

## **Kommunales Engagement**

Mit Sorge sehen altgediente Kommunalpolitiker einem Generationswechsel entgegen. Zu Tausenden haben junge Menschen die Lausitz verlassen. Die meisten werden auch nicht zurückkommen. Betroffene des Kohletagebaus sehen die Ursache dafür nicht nur in der wirtschaftlichen Situation der Lausitz, sondern auch in der Ungewissheit, wie sich die Region räumlich entwickeln wird. In einem möglichen Dialog sehen die Befragten bekannte Lausitzer Persönlichkeiten als Zugpferde. So könne der Prozess besser ins Bewusstsein gelangen. In den Dörfern der Lausitz sind dies Multiplikatoren, die häufig gerade nicht die offiziellen Funktionsträger aus Politik und Verwaltung sind. ....(ausführlicher ab Seite 13)

## **Governance und Parteien**

*Alte DDR-Seilschaften, eine entwicklungshemmende SPD-geführte Landesregierung und ein vorseilender Gehorsam gegenüber Vattenfall und BASF – das ist als Kritik aus vielen Interviews herauszuhören. Vor allem das Engagement von Vattenfall in vielen sozialen und kulturellen Bereichen poliert das Image des Braunkohletagebaus immer wieder auf. Dies gilt insbesondere für die Landkreise, in denen sich der noch aktive und geplante Tagebau befindet.*

In den großen Parteien (SPD, Die LINKE, CDU) Brandenburgs und Sachsens haben sich Abweichler auf den Weg gemacht und kritisieren mal mehr, mal weniger offen die Pläne ihrer

Regierungsparteien. Dieses Verhalten führt bei den Einen auf das politische Abstellgleis. Andere weichen der Konfrontation bewusst aus. Grün ist zumindest politisch keine gern gesehene Farbe in der Lausitz; die Partei stößt strukturell auf größere Vorbehalte als SPD, Linkspartei oder die CDU – trotz offensichtlicher Umweltschäden durch den Braunkohleabbau. In der Lokalpolitik spielen Parteigrenzen jedoch weniger eine Rolle. Lösungs- und sachorientiertes Arbeiten steht hier auf der Tagesordnung. ....(ausführlicher ab Seite 14)

## **Wirtschaftliche Entwicklungspotenziale**

Die Wirtschaftsförderung in Brandenburg konzentriert sich nach wie vor auf große Unternehmen, die viele Arbeitsplätze versprechen. Kleine und lokal orientierte Unternehmen mit innovativen Ansätzen haben es schwer, Fuß zu fassen. Junge Unternehmer treten kreativ und selbstbewusst auf, spielen aber auf Verbandsebene der Handwerkskammern sowie der Industrie- und Handelskammern kaum eine Rolle. Das schlägt sich auch in fehlenden Finanzierungsmöglichkeiten für Forschung und Entwicklung kleiner und mittelständischer Unternehmen nieder. Die Konzentration auf Regionale Wachstumskerne führt zu einer einseitigen Unternehmenslandschaft.

Die in der Region verbreitete negative Beurteilung der erneuerbaren Energien begründet sich sowohl in räumlichen Auswirkungen („Verspargelung“) als auch in der intransparenten Vergabe von Konzessionen. Tagebau-Betroffene sehen in den Erneuerbaren hingegen vor allem eine Chance für den Ausstieg aus der Kohle.

Auch wenn sich der Tourismus mehr und mehr zum Wirtschaftsfaktor mausert, monieren viele Befragte die teils konkurrierenden Vermarktungsgesellschaften. Auch vor einer Überbewertung des Tourismus warnen manche. Sowohl die Mentalität der Bewohner als auch die industrielle Belastung der Region stehen dem entgegen. Stattdessen bringt der Kohlebergbau für Folge- und Zulieferer-Gewerke positive Entwicklungen mit sich. Das Gleiche gilt für die chemische Industrie rings um BASF.

Der Kohleabbau spaltet die Lausitz in hohem Maße – in Befürworter und Gegner, aber auch in Betroffene und Nichtbetroffene. Es geht nicht nur um die Abbaggerung, sondern auch um eine eingeschränkte Lebensqualität, die jenseits der unmittelbar Betroffenen noch viel mehr Menschen in der Region hinnehmen müssen. Alle Befragten – egal ob Befürworter oder Gegner, Betroffene oder Nichtbetroffene – bedauern, dass die Diskussion um die angekündigten neuen Tagebaue zu konfrontativ geführt wird. Alle wünschen sich einen respektvollen Dialog, halten ihn aber kaum für möglich.

Trotz aller Kontroversen fordert kaum jemand einen sofortigen Ausstieg aus der Braunkohle. Man müsse eher über einen Einstieg in den Ausstieg sprechen, so der überwiegende Tenor – mit einer Bestandssicherung für Vattenfall als Garant für einen geregelten Übergang. Ein weitgehender Konsens besteht darin, zur Planungssicherheit einen Ausbaustopp als Ziel zu markieren, um auch über alternative Nutzungen der Braunkohle diskutieren zu können.

Mögliche Gefährdungen oder der Verlust des Arbeitsplatzes spielen in vielen Familien eine große Rolle. Für einen Zukunftsprozess ist dies eine der herausragenden Fragen. Die Zahl der Arbeitsplätze in der Region ist begrenzt. Viele pendeln deshalb tages- oder wochenweise

Richtung Berlin und Dresden. Die hohe persönliche Belastung dieser Arbeitsnomaden erschwert gesellschaftliches Engagement und bürgerschaftliche Teilhabe. Der Verlust an Human- und Sozialkapital ist erheblich. ....(ausführlicher ab Seite 15)

### **Soziale, kulturelle und ethische Aspekte**

Nach dem Zweiten Weltkrieg wuchs die Bevölkerung der Lausitz sehr schnell. Viele Menschen siedelten sich hier an. Die ursprüngliche Bevölkerung geriet zahlenmäßig in die Minderheit. Die neuen Lausitzer arbeiteten in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs), vor allem aber in der Chemie- und Energiewirtschaft und dem dazu gehörigen Tagebau. Mit der Lausitz verbinden diese Bewohner eine Heimat, die eng mit ihrer Arbeit und infolgedessen stark mit der Bergbautradition verwoben ist.

Währenddessen betrieben die indigenen Sorben eher Handwerk und eine kleinteiligere (Land)Wirtschaft, die sich hauptsächlich am Eigenbedarf orientierte. Der Konflikt zwischen Industrie und kleinteiliger Wirtschaft wird immer wieder sichtbar, wenn es um den Verlust der abgebagerten Dörfer geht. Arbeit und Heimat werden gegeneinander ausgespielt. Hinzu kommt ein veränderter Blick auf den Bergbau. Der Stolz und die Privilegien der Bergleute aus der Vergangenheit haben sich umgekehrt – vom Kohle-Held zum Umwelt-Sünder.

Durch das Ende der DDR als Staat sind viele Menschen in Ostdeutschland heimatlos geworden, so eine ist in der Lausitz mit ihrer „staatstragenden“ Braunkohlewirtschaft vielleicht stärker als anderswo ausgeprägte Sichtweise. Das betrifft die Generationen, die vor oder nach dem Mauerfall geboren wurden, in unterschiedlicher Weise. Älteren Generationen wird die Anerkennung ihrer Lebensleistung verweigert. Die DDR – ihre Heimat – existiert nicht mehr. Die jüngere Generation hat die Heimat in Scharen verlassen, um anderswo ihr Glück zu suchen.

Aktuell denken immer mehr Weggezogene über eine Rückkehr nach, finden aber ein berufliches, kulturelles und soziales Leben vor, das nicht ihren Erwartungen entspricht. Kommen sie trotzdem zurück, werden sie häufig zu Motoren des Wandels. Gemeinsam mit weiteren vorwärtsgewandten Aktiven (Zugezogene, agile Senioren, junge und alte „Daheimgebliebene“) bilden sich jetzt neue personenbezogene Netzwerke, die gesellschaftliche Veränderungen vorantreiben.

Durch den Umbruch nach der Wende bietet die Region viel Raum für eigene Lebenskonzepte. Die Mehrheit der Bevölkerung scheint dies jedoch eher als bedrohlich wahrzunehmen. Der Leerraum zieht wiederum Raumpioniere an, die neue Lebensentwürfe ausprobieren. Oft haben die „das gute Leben in der Lausitz“ schon gefunden.

Eine Perspektive für die jungen Menschen ist allen wichtig. Viele sehen jedoch im Festhalten an der Braunkohle eher eine Bedrohung für die Zukunftsfähigkeit der Region. Für junge Menschen selbst sind die gut bezahlten Ausbildungsplätze bei Vattenfall dennoch attraktiv, da die dort erlernten Fertigkeiten auch auf andere Bereiche übertragbar sind.

.....(ausführlicher ab Seite 18)

## **Mentalität und Identität**

Die Lausitzer Mentalität, *erst einmal abzuwarten*, gilt vielen als ein Hindernis beim Ausprobieren und Durchsetzen von Neuerungen. Trotzdem wünschen sich viele ein breites Bündnis derer, die sich eine nachhaltige Zukunft in der Region vorstellen können.

In den durch den Kohletagebau verlorenen Dörfern entwickeln sich neue Rituale. So treffen sich ehemalige Bewohner des Dorfes an den abgebaggerten Orten und erinnern sich an alte Zeiten. Auch in den Dörfern, die noch abgebaggert werden sollen, entwickelt sich eine Art Gedenkkultur. Damit stemmen sich die Bewohner gegen den drohenden Verlust der Heimat. Die „Tradition Bergbau“ bietet einen künstlichen Ersatz für den Heimatverlust. Genauso würde es der sorbischen Kultur ergehen, die zwar gewinnbringend für den Tourismus eingesetzt wird, sich gleichzeitig aber mit der Aberkennung ihrer Minderheitenrechte konfrontiert sieht. Diese gesellschaftlichen Verwerfungen haben bei den Betroffenen tiefe Spuren des Misstrauens hinterlassen. ....(ausführlicher ab Seite 19)

## **Mögliche Rolle der Kirche**

Die anfänglich im Konzept geplante zentrale Rolle der Kirche löste bei den meisten Befragten zunächst Verwunderung aus. Nur wenige Menschen in Ostdeutschland, und vor allem in der Lausitz, sind Kirchenmitglieder. In der weiteren Reflexion fanden viele allerdings Gefallen an der Idee, der Kirche in einem Gemeinschaftsprozess ein zentral unterstützendes Gewicht zu geben. Sie ist in nahezu jedem Ort präsent und vertritt eine sehr heterogene Mitgliederstruktur. ....(ausführlicher ab Seite 20)

## **Kommunikation**

Eine zu stark auf den Umgang mit der Braunkohle fokussierte Diskussion könnte den Leitbildprozess belasten oder sogar sprengen. Davor warnen viele Teilnehmer. Trotzdem sind fast alle der Meinung, dass es einen solchen Prozess geben muss. Allerdings dürfe dieser nicht nur aus folgenlosem Palaver bestehen.

Die Erwartungen an dieses Verfahren sind höchst unterschiedlich: Für die einen spielt die drohende Abaggerung eine maßgebliche Rolle, für die anderen ist es der Umgang mit den bereits stillgelegten Tagebauen. Das „Blühende-Landschaften-Syndrom“ ist für alle präsent. Zu oft sind Ideen gescheitert, große Vorhaben im Sande verlaufen. Deshalb gilt es vor allem, einer großen Skepsis zu begegnen – durch respektvollen Umgang und achtsame Kommunikation. Dazu braucht es auch einen Ort, der Raum für die kreative Auseinandersetzung bietet. ....(ausführlicher ab Seite 21)

## **Region Lausitz – zusammen denken, gemeinsam handeln?**

Bei der Frage nach Gemeinsamkeiten zwischen den drei Teilbereichen der Lausitz (Niederlausitz, Oberlausitz, polnische Lausitz) fällt den meisten Teilnehmenden nur die sorbische Kultur ein. Weitere verbindende Elemente scheitern schon bei der Suche nach einer gemeinsamen Landkarte, die einfach nicht existiert.

Auf kommunaler Ebene entwickeln sich zaghaft funktionale Kooperationen. Auf Landesebene existieren zwischen Brandenburg und Sachsen kaum gemeinsame Ansätze. Die erste gemeinsame Landesausstellung soll jedoch als Kooperation hervorgehoben werden. So mancher kritisiert daran den Vorrang des zentralistisch geprägten Preußentums. Für die Lausitz ist das wenig zutreffend, da dieser Landstrich viel länger sorbisch als preußisch geprägt war. Den polnischen Teil der Lausitz ins Bild zu integrieren, scheitert für die meisten Befragten an der hohen Sprachbarriere.

Ein gemeinsamer Leitbildprozess scheint möglich. Daran einen kooperativen Handlungsraum anzuschließen, ist für die meisten jedoch wenig vorstellbar. Zu groß sind die Konflikte um die Zukunft der Braunkohle. Hinzu kommen die großen Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen. ....(ausführlicher ab Seite 23)

### **Akteure und Akteurs-Konstellationen**

Vor Ort spielen personenbezogene Netzwerke eine große Rolle, sind aber von außen schwer zu erfassen. Diese und ähnliche Netzwerke sind ein wichtiger Anknüpfungspunkt, um Akteure für die Entwicklung alternativer Zukunftspfade zu finden. ....(ausführlicher ab Seite 25)

### **Methodische Handlungsempfehlungen**

Welche Handlungsempfehlungen zur Gestaltung des Zukunftsprozesses lassen sich nun aus der Voruntersuchung ableiten? Dabei geht es zunächst nur um methodische Vorschläge. Inhaltliche Handlungsempfehlungen können erst während des Prozesses selbst im Konsens entstehen. ....(ausführlicher ab Seite 26)

- Ein regionaler Prozess dieser Größenordnung braucht entsprechende Kapazitäten. Um zukunftsfähige Koalitionen zu ermöglichen, müssen neue übergreifende Verbindungen zwischen vorhandenen Bündnissen, Akteuren, Organisationen und Institutionen entstehen. Diese neuen Beziehungen bedürfen der Aufbauarbeit und fortwährenden Pflege, damit sie zur gemeinsamen Handlungsfähigkeit führen.
- Ein neu zu schaffendes Team mit eigener Struktur und/oder Institution ist erforderlich. Damit ist die notwendige Vernetzungsarbeit dauerhaft möglich. Ob hierzu neue Kapazitäten innerhalb einer bestehenden Organisation entstehen oder eine Neugründung erfolgt, ist zunächst unerheblich.
- Von Beginn an müssen lokale Akteure in die Konzeption einbezogen werden, denn neben großem Interesse besteht auch viel Skepsis. Ein wie immer geartetes Projekt kann im ungünstigsten Fall für weitere Entmutigung oder Konflikte in der Region sorgen.
- Da die Diskussionen über den Braunkohleabbau einen Zukunftsprozess sprengen könnten, ist eine Präambel sinnvoll, z.B. orientiert an den Empfehlungen des Beirats für Nachhaltige Entwicklung Brandenburg.

- Vordringliche Aufgaben sind Prozessarbeit, Moderation und Kommunikation. Regional aktive Gruppen haben hierfür derzeit zu wenig Kapazität und zusätzliche Kompetenzen. Deshalb kann eine professionelle Begleitung den bewussten Umgang mit Veränderungsprozessen herbeiführen. Unbedingt erforderlich ist eine umrahmende Medien- und Öffentlichkeitsarbeit – für regionale Akzeptanz und überregionale Aufmerksamkeit.
- Prozesse für die gesamte Lausitz sind nur bedingt sinnvoll. Dafür erscheinen die räumliche Distanz, die landesbedingten unterschiedlichen Strukturen, die Mentalitäts- und Identitätsunterschiede sowie die Sprachbarriere zur polnischen Lausitz zu groß. Die Prozesse räumlich strikt voneinander abzugrenzen, macht jedoch ebenfalls keinen Sinn. Gewachsene Beziehungen und Traditionen können in sozialen Prozessen wichtige Impulse liefern. Auch die punktuelle Zusammenarbeit mit regionalen und überregionalen Gruppen und Projekten entwickelt sich normalerweise auf natürliche Weise.
- Ein Leitbildprozess könnte Start- und Kristallisationspunkt sein, um die Region als Ganzes ins Blickfeld zu rücken. Hier wäre es möglich, die gesamte Lausitz durch eine breit angelegte Bürgerbeteiligung einzubinden. Visionen sind notwendig, um eine neue Energie in die Region zu tragen. Den Menschen in der Lausitz werden schon zu lange negative Prognosen für ihre Zukunft überbracht. Ein Leitbild des guten Lebens in der Lausitz könnte neuen Mut geben.
- Voraussetzung für den Beteiligungsprozess ist ein langfristiger Horizont. Viele Menschen sind es leid, an kurzfristigen Projekten teilzunehmen. Falls das nicht möglich ist, sollte von einem Projektbeginn abgesehen werden. Das bedeutet auch, dass ein Leitbildprozess nur dann Sinn macht, wenn er innerhalb einer institutionalisierten Struktur stattfindet.
- Viel Arbeit, aber auch Spaß versprechen ausgewogen eingesetzte Veranstaltungen wie Zukunftskonvente. Ermutigende Geschichten und gemeinsame Erfolge sind notwendig, um negative Prognosen und mit Angst besetzte Arbeitsplatzverlust-Kommunikation zu entkräften. Gleichzeitig schafft deren (virale) Verbreitung überregionale Anknüpfungspunkte und generiert Unterstützung.
- Zur Vermittlung von grundlegenden Kenntnissen in den Bereichen Moderation, Beteiligung und politischer Bildungsarbeit können regelmäßige Bildungsveranstaltungen entstehen.
- Unabhängigkeit ist Voraussetzung für das öffentliche Ansehen. Die Finanzierung einer neuen Struktur sollte deshalb am besten aus mehreren Quellen erfolgen. Nur so ist ein selbstbewusster Auftritt als Verhandlungspartner gegenüber Politik, Verwaltung und Wirtschaft möglich.

- Als örtliche Ausgangspunkt könnten die Landkreise Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster gewählt werden, denn sie sind in geringerem Maß von den aktuellen Kontroversen betroffen und zukunftsbezogene Diskussionen werden hier weniger konfrontativ geführt. Das entlastet die Beteiligten.

## **Fazit**

Um in der Lausitz einen Beteiligungsprozess erfolgreich durchzuführen, braucht es langfristige Perspektiven und den Mut, vertraute Ansätze neu zu kombinieren. Nicht die „eine“ Methode sollte dabei in den Vordergrund treten, sondern eine Zusammenstellung von miteinander gekoppelten Instrumenten. Ob Zukunftsprozesse dabei eine Chance auf Erfolg haben, hängt davon ab, ob es den beteiligten Akteuren gelingt, gemeinsam zu denken und zu handeln.

Die Voruntersuchung weist durch ihre Ergebnisse und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen einen Weg mit großer gesellschaftlicher Beteiligung. Ob dieses Verfahren gangbar ist, hängt am Ende von unterstützenden Faktoren, vorhandenen Ressourcen und beteiligten Akteuren inner- und außerhalb der Lausitz ab. Der Region selbst wäre es zu wünschen, dass neue Ansätze für die regionale Entwicklung entstehen. Um es mit den Worten eines der Gesprächspartner zu sagen: Er wünscht sich, dass Menschen überzeugend sagen können: „Der Lausitz meine Zukunft geben!“

"Plan A for the Lausitz " - this is the working title to start an initiative to strengthen the Lausitz (Lusatia) through a new alliance of local stakeholders. The goal is to make the region more attractive for its current and future inhabitants, enabling them to stay in Lusatia and prosper. To design the project, a preliminary survey was carried out in both Lusatian-German states: Brandenburg and Saxony. To this end, the qualitative research firstly identified civil society and institutional stakeholders that could support regional development; secondly, it carried out a situation analysis of process-related aspects and thirdly, it tried to interest the participants in the project's goals and invited them to be involved in future dialogue.

The results of the survey suggest that to pursue the idea of a local alliance further would be worthwhile. As one interviewee put it, „if the others do not want to, we are already on our way!" According to many of the participants, the time is ripe for a new coalition of willing and forward thinking stakeholders. Especially as the state doesn't seem to have a viable strategy for reducing lignite mining and seems to have no "Plan B". One open question is, whether the future process must explicitly oppose the present coal mining or should concentrate on helping those affected in shaping their own future? This, in addition to further questions about the project design, could be discussed with a group of regional stakeholders of church leaders as well as environmental and social activists.

Some of those interviewed have stated that they would be willing to engage in a new common venture. They appreciated the initiative by an external stakeholder and would be willing to help build a new „Plan A alliance“. Indirectly, the preliminary investigation has already started to form a new stakeholder constellation. With a long-term commitment to the region, it would make sense to use these first ties and form them into a network. From past experience, we know that regional networking projects have not yet succeeded in becoming more permanent. What is needed is continuous professional support to foster cooperation. Standalone structures and resources also need to be cared for. For this purpose, funds would have to come mostly from outside the region. Local civil society has few available sources that are not controlled by a vested interest group in one sense or another. The research has shown that this would pose a high risk to working independently from the outset.

A political and social communication process with civil society stakeholders seems the most suitable approach. The project team would be responsible to establish and to maintain the necessary relationships throughout the network. It would also monitor the developments. The aim of the alliance would be to act together in order cope with existing and new challenges. For this purpose, the team would need internal and external skills in communication and facilitation as well as transdisciplinary networking and citizen participation.

It is of paramount importance to understand and organise the project-related activities as an ongoing learning processes. This is to build capacity in local civil society stakeholders to enabling them to make their region more sustainable. To this end, it is hoped that new approaches for regional development can be found and supported. Whether it is possible to implement a long-term communication process will depend on supporting factors such as enough resources and people inside and outside Lusatia to support the project.

### **Entstehungsprozess „Plan A für die Lausitz“**

Ein „Plan A für die Lausitz“ – unter diesem Arbeitstitel sollte ein Bündnis aus unabhängigen Akteuren entstehen. Ziel war es, gemeinsam mit den Menschen in der Region ein Zukunftsbild des „guten Lebens in der Lausitz“ zu entwerfen sowie Chancen und Entwicklungsperspektiven herauszuarbeiten. Dieser Prozess sollte sich nicht explizit gegen etwas positionieren, auch nicht gegen die Nutzung der Braunkohle. Die Idee zielte darauf ab, die Lausitzer für die Gestaltung ihrer eigenen Zukunft zu stärken. Näheres zur ursprünglichen Projektidee in Anhang I.

Schon 2012 bestand der Gedanke, die evangelische Kirche (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz - EKBO) als Projektträgerin für einen Leitbildprozess zu gewinnen. Ein sich anschließender einjähriger Prozess, in dem viele inner- und außerkirchliche Vertreter zu Wort kamen, sollte die mögliche Verankerung des Projektes festzurren. Am Ende dieser Deliberation sah sich die EKBO jedoch nicht dazu in der Lage, die Projektträgerschaft zu übernehmen. Damit war der ursprüngliche Ansatz, dass die EKBO als zentrale Institution einen Leitbildprozess initiiert, nicht mehr umsetzbar.

Das vorliegende Papier dient als Diskussionsgrundlage für einen breit angelegten Beteiligungsprozesses in der Lausitz – überschrieben mit dem Titel „Initiative für das gute Leben in der Lausitz“. Im Rahmen einer Voruntersuchung erfolgte zunächst eine Bestandsaufnahme, deren Ergebnisse hier vorliegen. Diese Bestandsaufnahme entstand aus 63 Einzelgesprächen mit Insidern, die in der Lausitz leben oder sich beruflich mit ihr befassen. Sie identifizieren wichtige zivilgesellschaftliche und institutionelle Akteure und analysieren prozessrelevante Aspekte. Die Ergebnisse dieser Interviews können im nächsten Schritt das Fundament für die Konzeption eines Beteiligungsprozesses bilden. Hauptziel der Voruntersuchung war die Entwicklung von Handlungsempfehlungen dafür, wie der anvisierte Beteiligungsprozess zu organisieren sei. Daneben hatte die Voruntersuchung die Aktivierung der Teilnehmenden für den künftigen Dialogprozess im Blick. In Teilen ist dies auch gelungen. Näheres zur Herangehensweise in Anhang II.

Dagmar Schmidt arbeitet als partizipative Projektentwicklerin und begleitet Beteiligungsprozesse. Sie hat die Voruntersuchung im Auftrag der European Climate Foundation (ECF) durchgeführt.

Das folgende Kapitel beschreibt politische und wirtschaftliche Aspekte sowie soziale, kulturelle und ethische Gesichtspunkte. Der letzte Abschnitt befasst sich mit ökologischen und geografischen Gegebenheiten und untersucht, wie diese die Region beeinflussen. In Anhang IV kommen die Gesprächspartner selbst zu Wort – mit Wünschen und Hoffnungen für die Zukunft.

## 2.1 KOMMUNALES ENGAGEMENT

Politisch und verbandspolitisch aktive Befragte wirken etwas erschöpft. Haben sie doch in den vergangenen 20 Jahren viele Aufgaben übernommen. Ein verbandspolitisch Aktiver räumt ein, dass er diese Aufgabe in der Zwischenzeit „ohne tiefere Überzeugung in deren Wirksamkeit“ ableiste. Nach der langen engagierten, oft ehrenamtlichen Tätigkeit, hoffen sie auf einen Generationswechsel. Einige denken daran. Andere haben ihren Rückzug schon angekündigt oder gerade abgeschlossen. Gleichzeitig äußern sie Zweifel, dass die jüngere Generation in ausreichendem Maß in der Region bleibt oder wieder zurückkommt. Am größten ist der Zweifel bei den Menschen, die vom neuen Kohletagebau betroffen sind. Für sie ist die ungewisse räumliche Entwicklung das größte Hindernis.

Die politisch Aktiven sind der Meinung, dass sich die Bewohner der Lausitz politisch und gesellschaftlich stark an Personen und Persönlichkeiten orientieren. Charismatische und zuverlässige Menschen könnten mit hohem Zuspruch rechnen – egal mit welchem Parteibuch sie ausgestattet seien. Gerade in Bezug auf den Leitbildprozess wären solche lokalen „Zugpferde“ eine wichtige Voraussetzung. Loyalität sei vor allem bei der älteren Generation sehr ausgeprägt. Diese würde auch noch tragen, wenn die Leistungen hinter den Erwartungen zurückbleiben. Deshalb könne auch Die LINKE aus Tradition mit einem relativ stabilen Zuspruch rechnen, obwohl sie vor allem in der Koalition auf Landesebene stark von ihrem Wahlprogramm abweicht.

Das Land Brandenburg greift im Gegensatz zu Sachsen, nach Ansicht vieler Befragter, nur wenig in die regionalen Planungsstrukturen ein. Dadurch haben die Landkreise eine große Machtposition – unter anderem dann, wenn es um die Weiterentwicklung der Region geht. Lokal kooperieren die Landkreise punktuell. Vernetzte Lern- und Wissensstrukturen existieren allerdings kaum. Gleiches gilt für die Bürgermeister-Ebene. Die meisten üben ihr Amt ehrenamtlich aus. Interkommunale Zusammenarbeit ist daher auch aufgrund zusätzlicher Belastungen eher selten. Einer der Befragten bringt es auf den Punkt: Er hätte über Jahre auf allen kommunalen Ebenen beobachtet „dass eine übermäßige Betonung der Eigenständigkeit zu Ungunsten von Kooperation“ herrsche.

Auf Dorfebene entwickle sich jedoch teilweise eine Besinnung auf eigene Kräfte. Dort seien die Multiplikatoren häufig gerade nicht die offiziellen Funktionsträger aus Politik und Verwaltung, sondern eher informelle Führungspersönlichkeiten. Mehrere Gesprächspartner weisen ausdrücklich darauf hin, dass vor allem Verwaltungskräfte neue Ansätze eher hemmen als fördern. Die „Dominanz der Verwalter des Status Quo“ sei so stark, dass aus dieser Richtung wenig Neues zu erwarten sei. Bei aus Verwaltungssicht unerwarteten Erfolgs-Projekten kämen am Ende im besten Fall politische Vertreter hinzu, „um sich mit den Ergebnissen zu brüsten“.

## 2.2 GOVERNANCE UND PARTEIEN

Alte DDR-Seilschaften aus der Vor-Wendezeit seien auch heute noch gut vernetzt. Eine Befragte spricht „vom Mief der letzten 20 Jahre“, der sich in einer stagnierenden gesellschaftlichen Entwicklung zeigt. Dass die SPD seit 1990 ununterbrochen die Landesregierung stellt, sei einer der entwicklungshemmenden Faktoren. Vor allem zivilgesellschaftliche Akteure fühlen sich von Verwaltung und Politik strukturell benachteiligt, wenn sie öffentlich eine gegensätzliche Meinung vertreten.

Vielerorts sei ein vorseilender Gehorsam gegenüber Vattenfall zu beobachten, wenn das Unternehmen soziale und kulturelle Aktivitäten unterstützt. Diese in geringerem Maße auch durch BASF geprägte „soft corruption“ Sorge dafür, dass der Braunkohletagebau in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ein positives Image hat. Dies gilt insbesondere für die Landkreise, in denen sich der noch aktive und geplante Tagebau befindet. Vattenfall mache hier „Geschenke, die keine Spenden sind, sondern Gnadenakte“ und verfolge damit ausschließlich unternehmerische Ziele. Auch die Stiftung Lausitzer Braunkohle setze sich dafür ein, um vor allem junge Menschen zu beeinflussen.

Zur Mitwirkung bei der Braunkohlen- und Sanierungsplanung hat der Brandenburgische Landtag den Braunkohlenausschuss gegründet. Dieser verselbstständige sich laut eines der Mitglieder jedoch mehr und mehr „zu einem außerparlamentarischen Entscheidungsgremium“. Er beklagt, dass an die Mitglieder Aufgabenstellungen übertragen würden, die eigentlich zur parlamentarischen Arbeit gehörten.

Die großen politischen Parteien in Brandenburg (SPD, LINKE, CDU) haben mit 6.000-7.000 Personen ungefähr gleichviele Mitglieder. In Sachsen liegt die SPD mit etwas über 4.000 deutlich hinter den LINKEN und der CDU mit rund 11.000 Mitgliedern. Sowohl die Bündnisgrünen als auch die FDP liegen in beiden Bundesländern mit ca. 1.000 Mitgliedern deutlich dahinter. In allen großen Parteien gibt es auf Landesebene zum Thema Braunkohle so genannte „Abweichler“ von der Regierungslinie. Diese finden sich entweder auf dem politischen Abstellgleis wieder oder weichen einer direkten Konfrontation gleich aus.

In den neuen Bundesländern haben vor allem die Bündnisgrünen insgesamt weniger Mitglieder als im Westen Deutschlands. In der Niederlausitz ist dies vor allem in den Städten auffällig, wo es normalerweise einen höheren Zuspruch für grüne Themen gibt. Einer der Befragten, selbst Grünen-Mitglied, beklagt, dass sich in Cottbus nur wenige Studenten bei den Bündnisgrünen engagieren. Generell sei bei den Studenten zu beobachten, dass viele täglich nach Berlin pendelten. Zusammen mit dem verschulden Studium und vermehrten Auslandsaufenthalten bliebe wenig Kapazität (und Interesse) für lokales Engagement. Dagegen beobachtet einer der Befragten, dass Studenten, die im Landkreis Spree-Neiße wohnen, sich dort auch stärker politisch beteiligen.

Trotz der Probleme, die durch den Kohletagebau mit Blick auf den Wasserhaushalt, die Luftqualität und die Landnutzung auftreten, ist „grün“ bei vielen Lausitzern negativ besetzt. Symptomatisch ist die Aussage einer Kerkwitzerin bei einer Bürgerversammlung. Kerkwitz ist einer der Orte in der Gemeinde Schenkendöbern, die von der Abbaggerung bedroht sind.

„Weil wir für das Volksbegehren [gegen den Ausbau des Tagebaus] sind, werden wir abgestempelt als Grüne, als Assis, als was weiß ich. Man traut sich schon nicht mehr hier hin. Und Vattenfall hat jeden zweiten Tag eine Werbung in der Zeitung drin“.

Nach Aussage aller kommunalpolitisch aktiven Gesprächspartner spiele Parteipolitik dennoch auf dieser Ebene eine geringere Rolle. Kommunalpolitik sei die lösungsorientiertere Politik, weil anders als auf der höheren Ebene keine Entscheidungen getroffen werden müssen, die auf vergleichbare Problemstellungen zu übertragen sind. Einer der Kommunalpolitiker ist sich sicher, dass fundiertes und sachorientiertes Arbeiten über Parteigrenzen hinweg honoriert würde. Durch fehlende Vorbildung, Wissen und Kapazität bei den meisten Lokalpolitikern sei es gut möglich, von der Parteilinie abzuweichen. Auf Landesebene sei dies nicht mehr der Fall. Dort trete kaum öffentlicher Dissens mit der Parteilinie auf. Dies sei vor allem bei den Landespolitikern zu beobachten, deren Parteien der Koalition angehören.

### 2.3 WIRTSCHAFTLICHES ENTWICKLUNGSPOTENTIAL

Als Innovationshemmnisse tauchen in den Gesprächen immer wieder zwei Prinzipien auf: „vermarkten geht vor gestalten“ und eine „tief verankerte Vorstellung von Größe“. Ersteres führe dazu, dass Vermarktungsaktivitäten in den Vordergrund rücken. Die Fähigkeit, kreative und innovative Prozesse zu gestalten, sei stattdessen selten. Wirklich neue Ansätze gäbe es kaum. Die Suche nach der „einen“ Lösung sei durch die monostrukturierte Wirtschaft und den historischen Zentralismus in Brandenburg besonders ausgeprägt. Dadurch würden für diese vermeintlich existierende Lösung viele Ressourcen aufgewandt – und zwar zu Ungunsten von kleinteiligeren, lokalen Ansätzen.

In der Region existieren nur wenige große Unternehmen. Die Lausitz ist stärker durch eine kleinteilige Industrie gekennzeichnet, die insbesondere in der Oberlausitz eine lange Tradition hat. In der sorbischen Kultur spielte das Handwerk eine wichtige Rolle. Einige Befragte beobachten einen Trend, dass junge Unternehmer alte Traditionen wieder aufgreifen und sich so in der Region engagieren. Viele dieser neuen Unternehmen entstanden erst nach der Wiedervereinigung. Sie sind trotz einer geringen Kapitalisierung oftmals kreativ und selbstbewusst. Die Öffentlichkeit nehme diese Entwicklungen jedoch erst spät wahr – behindere doch der Fokus auf Großunternehmen den Blick darauf. Auch die traditionelle Interessenvertretung durch Handwerkskammer und IHK sei in diesem Segment kaum vorhanden – ein Manko, das alle befragten Unternehmer und Unternehmensvertreter kritisieren. Entwicklungspotenzial in der Region läge in einer veränderten Regional- und Wirtschaftsförderung, die sich auch kleineren Unternehmen widmet. Zudem wären die gerechtere Verteilung und die Mitbestimmung bei der Vergabe von vorhandenen Fördermitteln wichtige Entwicklungsfaktoren.

Bisher gäbe es zur Finanzierung von Forschung und Entwicklung in kleinen und mittelständischen Unternehmen kaum Möglichkeiten. In den 90er Jahren und auch noch zu Beginn der 2000er Jahre sei dies durch Fördernetzwerke, Innovationszentren und eine interkommunale Zusammenarbeit bei der Wirtschafts- und Regionalförderung noch erheblich einfacher gewesen. Der sächsische Teil der Lausitz verfolge hier eine bessere, weniger monopolisierte Wirtschaftspolitik. So sei es mehr die Entscheidung von Akteuren vor Ort, wie zum Beispiel Fördermittel eingesetzt werden. Brandenburgs Politik der dezentralen Konzentration auf

Wachstumskerne und Leuchtturmprojekte führe stattdessen zu einer fragmentarischen Förderlandschaft, zu wenigen interkommunalen Kooperationen und tendenziell zu wenig Stakeholder-Beteiligung.

Die Chancen der erneuerbaren Energien und der Energiewende sind oft negativ besetzt. Die einen beklagen: „Die erneuerbaren Energien sind die Fortsetzung der Braunkohle mit anderen Mitteln, die gleichen Eigentumsverhältnisse, Mitbestimmung, Weltsicht und Fremdbestimmung.“ Landeigentum sei immer noch zum großen Teil in den Händen der ehemaligen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs). Die nach wie vor existierende Verquickung mit Verwaltung und Politik sei verantwortlich für intransparente Konzessionsvergabeprozesse. Andere Gesprächspartner äußern sich negativ über die so genannte „Verspargelung der Landschaft“ durch Windkraftträder.

Für die Tagebaubetroffenen ist eines klar: Die Energiewende ist eine Chance für den Ausstieg aus der Kohle. Einige private Initiativen versuchten sogar, dies in Bürgerhand umzusetzen – bis hin zu einer Solargenossenschaft in Guben. Vielleicht behindert in der Lausitz das wenig verbreitete bürgerliche Milieu die langsame Ausbreitung der privat genutzten erneuerbaren Energien. Denn eine „Energiewende von unten“ setzt dezentrale Ansätze voraus, die durch ökologisches Bewusstsein, aber auch mit eigenem Kapital vorangetrieben werden. Manche Gesprächspartner wiesen darauf hin, dass einige „gescheiterte Energiepioniere“ nicht genügend Mitstreiter gefunden hätten, um ihre Ideen gegen den vorherrschenden Trend erfolgreich durchzusetzen.

In den Interviews taucht immer wieder der Tourismus als wirtschaftlicher Zukunftsfaktor auf. Die Naturlandschaften und die aus den Tagebaulöchern entstehenden Seenlandschaften werden zentral vermarktet. Gleichzeitig war der Spreewald schon vor und während der DDR ein stark frequentierter Anziehungspunkt in der Region. Sowohl in Sachsen als auch in Brandenburg gründeten sich verschiedene Vermarktungsgesellschaften und konkurrieren nun teilweise miteinander. Für viele Gesprächspartner ist das ein Problem.

Der Tourismus spiele zwar eine Rolle in der Regionalentwicklung, aber nicht über die Maßen. Auch der Tourismus könne die strukturell bedingten negativen Entwicklungen einer Industrieregion nicht aufheben. Mit dem Ruf einer „schmutzigen“ Industrieregion habe vor allem die Niederlausitz schwer zu kämpfen. Der von der Internationalen Bauausstellung bis 2010 betriebene Ansatz, ähnlich wie im Ruhrgebiet, das industrielle Erbe positiv zu nutzen und einen Industrie-Tourismus aufzubauen, geht nach Ansicht der Befragten in die richtige Richtung. Nichtsdestotrotz sind sich die meisten über die begrenzten touristischen Möglichkeiten einig.

Die Mentalität der Lausitzer stünde den Ansprüchen der Gäste ebenso entgegen. In einem Interview gab es sogar einen nicht ganz ernst gemeinten Vorschlag für einen Werbeslogan: „jwd [janz weit draußen] mit Anmecker-Garantie“.

Die begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen in der Region führt zu einem hohen Pendleranteil. Vor allem dort, wo gute Zugverbindungen und das ausgebaute Autobahnnetz schnelle Verbindungen nach Berlin und Dresden bieten, ist die Zahl der Tages- und Wochenpendler groß.

Das führt, zusammen mit dem Wegzug qualifizierter jüngerer Arbeitnehmer, zu einem umfangreichen Verlust von humanem und sozialem Kapital. Auch die frühe Verrentung und Entlassung vieler Fachkräfte tragen dazu bei. Einerseits sind Bildung und Wissen essentiell für langfristiges volkswirtschaftliches Wachstum. Andererseits wird dieses humane Kapital vor allem durch den Zugang zu Ressourcen des sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens generiert. In der Lausitz sei zu beobachten, dass viele Menschen aus unterschiedlichen Gründen von diesem Kreislauf ausgeschlossen sind. Regionale Entwicklungspotenziale würden so nicht ausgeschöpft. Eine Befragte aus der Oberlausitz bemerkt, dass „es vielleicht besser sei, dass die Autobahnen nicht so gut ausgebaut sind“. Diejenigen, die dageblieben sind, würden dadurch gezwungen, lokal aktiver zu sein und gemeinsam gegen den Trend zu arbeiten.

Viele weisen ausdrücklich auf die wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale hin, die in angewandten Techniken der „Kohletagebaufolgelandschaft“ liegen. Für die chemische Industrie, die rund um das BASF-Werk in Schwarzheide entstanden ist, und das metallverarbeitende Gewerbe träge das ebenfalls zu. Der Geschäftsführer der Wirtschaftsinitiative Lausitz weist in diesem Zusammenhang auf die ifo-Studie hin. Diese hatte erhoben, dass 46,3 Prozent aller knapp 82.000 Industriebeschäftigten in der Lausitz in der Ernährungswirtschaft, der Chemie- und Kunststoff-Industrie sowie im Metall- und Maschinenbau tätig sind. Trotz Braunkohle ist die Industrie in der Lausitz damit vielfältiger als die Industrie im Rest Ostdeutschlands.

## 2.4 PROJEKTSTRUKTUREN

Zivilgesellschaftliche Akteure sind auch in der Lausitz stark von der externen Finanzierung ihrer Projektarbeit abhängig. Das führt zu einem ständigen neuen Aufbau von Strukturen und zu Konkurrenz anstelle von Kooperation unter den Antragsstellern. Befragte aus diesem Sektor berichten von vielen nach Förderlogik finanzierten Neubeginnen, von denen am Ende wenig Substantielles übrig bliebe. Mit der Wiedervereinigung wurde auch das Wohlfahrtsverbändesystem auf Ostdeutschland übertragen. Die dort neu geschaffenen Strukturen wurden allerdings mehr mit angestellten Funktionsträgern besetzt als mit sozial verankerten und ehrenamtlichen Mitarbeitern. Das Ehrenamt würde deshalb weniger institutionell unterstützt, als dies im westlichen Teil Deutschlands üblich ist.

Um in der komplexen Förderlandschaft zu bestehen, sind in der Zwischenzeit vermehrt Projektagenturen entstanden. Sie arbeiten mit Verwaltung und Politik an der Fördermittelakquise. Einer der Befragten nennt diesen Zustand „die Kanibalisierung durch die Projektentwickler“. Während es viel Monitoring gäbe, gibt es kaum begleitendes Mentoring für die zumeist ehrenamtlichen Mitarbeiter. Das Wissen, wie Projekte erfolgreich und vor allem nach den Förderrichtlinien durchgeführt werden könnten, liegt in der Hand einiger weniger lokaler und überregionaler Projektträger. Wobei sich einige, die in den 90er und 2000er Jahren in der Region sehr aktiv waren, zwischenzeitlich zurückgezogen hätten. So sei auch viel Wissen verloren gegangen.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Polen ist zum großen Teil auch auf projektorientierte Kontakte beschränkt, die nie in dauerhafte gemeinsame Strukturen überführt wurden. Auch überregionale Nicht-Regierungsorganisationen hätten in der Lausitz keine

dauerhaften Kapazitäten geschaffen. Trotzdem sie auf lokales Wissen zugreifen, würden sie die Stellen lieber „in Berlin, Hamburg, Warschau und Brüssel“ schaffen.

## 2.5 SOZIALE, KULTURELLE UND ETHISCHE ASPEKTE

Nach dem 2. Weltkrieg wuchs die Bevölkerung in der Lausitz sehr schnell. Aufgrund ihrer energiepolitischen Bedeutung für die DDR siedelten sich viele Menschen an. Auch durch die Immigration vieler Ost-Europa-Vertriebener geriet die ursprüngliche Bevölkerung vielerorts zahlenmäßig in die Minderheit. Die neuen Lausitzer fanden Arbeit in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs), viel mehr jedoch in der Chemie- sowie in der Energiewirtschaft und ihrem dazu gehörigen Tagebau. Mit der Lausitz verbinden diese Bewohner eine Heimat, die eng mit ihrer Arbeit und deshalb mit der Bergbautradition verbunden ist.

Die indigenen Sorben betrieben stattdessen eher Handwerk und eine kleinteilige Subsistenzwirtschaft, die sich hauptsächlich am Eigenbedarf orientierte. Der Konflikt wird immer wieder sichtbar, wenn es um den Verlust der abgebagerten Dörfer geht. Kohleaffine Gesprächspartner zeigten auffallend wenig Empathie für die Betroffenen, die ihre Heimat verlieren. Oft heißt es, dass Umsiedlungen heute unter wesentlich besseren Bedingungen stattfinden als zu Zeiten der DDR. Der fortschreitende, strukturell bedingte Verlust der Arbeit im Tagebau dient hingegen als Drohkulisse. Arbeit und Heimat werden gegeneinander ausgespielt.

Ein aus Dresden stammender Gesprächspartner beobachtete, dass sich die Menschen innerlich zurückziehen und distanzieren mussten, um ihre (zerstörerische) Arbeit jeden Tag aufs Neue zu machen. Gleichzeitig hatte der Bergmann in der DDR einen hohen Status und genoss viele Privilegien. Man müsse berücksichtigen, dass der Stolz und die Privilegien der Bergleute aus der Vergangenheit jetzt reversiert werden – „vom (Kohle)Held zum (Umwelt)Sünder“.

„Der Untergang der DDR führte dazu, heimatlos in der eigenen Heimat zu sein.“ Durch das Ende der DDR als Staat seien die Menschen in Ostdeutschland heimatlos geworden. Dabei gibt es einen signifikanten Unterschied zwischen den Generationen, die vor und nach dem Mauerfall geboren wurden. Die Arbeitskräfte, die jetzt an die Rente denken, haben eine ausgeprägte DDR-Vergangenheit. Ihr Lausitz-Bild ist durch DDR-Erfahrungen geprägt. Ihre Kinder wiederum, die so genannte 3. Generation Ost, hat nach der Schule zuhauf die Lausitz verlassen. Es waren häufig 90 bis 100 Prozent der Abiturjahrgänge, die nach dem Schulabschluss weg gingen. Ein Sorbe bringt das Problem auf den Punkt: „20 Jahre lang hieß es, gehe doch in den Westen.“

Die meisten jungen Menschen kehrten danach nicht wieder zurück und sammelten die ersten Arbeits- und Lebenserfahrungen anderswo. Viele Eltern gingen auch nicht davon aus, dass ihre Kinder wieder in die Lausitz zurückkehren würden. Für beide Seiten waren das schmerzhaft und prägende Erlebnisse. Dieser Prozess, dass veränderungsbereite Gruppen abgewandert und sesshafte zurückgeblieben sind, ist sicherlich mitverantwortlich für das Festhalten an einer „angestaubt“ wirkenden traditionellen Orientierung. So entstand zum Beispiel erst 2001 der Traditionsverein Braunkohle Senftenberg e.V. 2002 folgte auf Initiative

des damaligen Landesbezirksleiters der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie die Gründung eines Berlin-Brandenburgischen Landesverbandes der Bergmanns-, Hütten- und Knappenvereine. Beides geschah zu einer Zeit, als das Ende des Braunkohletagebaus längst absehbar war.

Seit einiger Zeit tragen sich Weggezogene mit dem Gedanken, wieder in die Heimat zurückzukehren. Allerdings entspricht das berufliche, kulturelle und soziale Leben vor Ort häufig nicht ihren Erwartungen. Wenn sie sich dennoch zur Rückkehr entschließen, werden sie fast automatisch zu Motoren des Wandels. Sie prägen neue Denk- und Herangehensweisen, um ihre Bedürfnisse befriedigen zu können. Gemeinsam mit weiteren vorwärts gewandten Aktiven (Zugezogene, agile Senioren, junge und alte „Daheimgebliebene“) bilden sich neue personenbezogene Netzwerke, die gesellschaftliche Veränderungen forcieren. Als Ausdruck dieser Entwicklung entstehen kleine Projekte und Institutionen.

Seit dem Umbruch nach der Wende bietet die Region viel Raum für eigene Lebenskonzepte. Die Mehrheit der Bevölkerung scheint dies allerdings eher als bedrohlich wahrzunehmen. Der Leerraum zieht Raumpioniere an, die neue Lebensentwürfe ausprobieren. Ein Befragter nennt diese Menschen „Transformationspiloten, die den Leerraumschritt wagen und neue Ideen in der Herausforderung entwickeln“. Mehrfach betonen Gesprächspartner den Vorteil, dass mit einem geringen Mitteleinsatz viel erreicht werden kann. Einige sprechen bereits davon, dass sie sich wohlfühlen und nach ihrer Einschätzung das „gute Leben“ in der Lausitz schon genießen. Jemand sagt sogar, dass „wir zum guten Leben schon alles haben“.

In nahezu jedem Gespräch spielen Perspektiven für junge Menschen eine große Rolle. Alle wollen deren Zukunft in der Lausitz sichern. Das Signal, „wir halten an der Braunkohle fest“, halten viele allerdings für kontraproduktiv. Für junge Menschen sind die gut bezahlten Ausbildungsplätze bei Vattenfall dennoch attraktiv, da die dort erlernten Fertigkeiten auch auf andere Bereiche übertragbar sind.

## 2.6 MENTALITÄT UND IDENTITÄT

Oft zur Sprache kommt die so genannte Lausitzer Mentalität: erst einmal abwarten und einen Impuls von jemand anderem bekommen, der/die einen an die Hand nimmt. Gleichzeitig sind sich viele Befragte einig, dass neue Ideen und Erfolge auch Neid hervorrufen. Zusammen mit der abwartenden Grundhaltung sei dies ein Hindernis beim Ausprobieren und Durchsetzen von Neuerungen. Viele „Menschen liegen ermattet am Boden“, da die strukturellen Veränderungen einfach zu schnell und zu viele gewesen seien. Das „Jetzt“ müsse sich allerdings „an der Hoffnung orientieren und nicht an der Vergangenheit“. Diese benötige eine Art Heilungsprozess für den vielfältigen Verlust der Heimat, der Arbeit, der Identität, des eigenen Stellenwertes in der Gesellschaft, von Status und Privilegien. „Keine Tünche, sondern eine ehrliche Auseinandersetzung“ damit wünscht sich ein Teilnehmender. Viele hoffen auf ein breites Bündnis derjenigen, die sich eine nachhaltige Zukunft in der Region vorstellen können.

Doch zunächst entwickeln sich in den durch den Kohletagebau verlorenen Dörfern Rituale des Gedenkens. So treffen sich ehemalige Bewohner an den abgebagerten Orten und erinnern sich an alte Zeiten. Solche Rituale lassen sich überall in der Region beobachten. Und

auch in den Dörfern, die von der Abaggerung bedroht sind, entwickelt sich eine Art Gedenkkultur. Die Bewohner besinnen sich auf alte Traditionen und arbeiten ihre Chroniken auf. Damit stemmen sie sich gegen den drohenden Verlust der Heimat. Außerdem nehmen dort der Ausbau von Dachstühlen, Wohnungen, Solaranlagen und lokalen Windrädern nach langer Zeit der Stagnation wieder zu.

Die Sehnsucht nach Heimat könne aber auch als „Missbrauch der Sehnsucht nach Identität für die eigenen Interessen“ beobachtet werden. Das wäre aufgrund des Heimatverlustes möglich, der auf vielen Ebenen mit dem Bergbau einherginge. Die „Tradition Bergbau“ biete hierbei eine Art künstlichen Ersatz für den Heimatverlust. Genauso würde es der sorbischen Kultur ergehen, die zwar gewinnbringend für den Tourismus eingesetzt würde. Gleichzeitig lehnen einige Kommunen den Minderheitenstatus der Sorben ab, um die Mittel für die Umsetzung der Minderheitenrechte zu sparen (z.B. zweisprachige Beschilderung, Übersetzungsdienste, sorbischer Unterricht). Diese gesellschaftlichen Verwerfungen hätten bei den Betroffenen tiefe Spuren des Misstrauens hinterlassen.

Des Öfteren heißt es, dass ein wie auch immer gearteter gemeinschaftlicher Prozess mit Ansätzen aus der Friedensarbeit arbeiten könnte. Durch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozesse seien tiefe Gräben zwischen den Menschen entstanden, die jeden gemeinschaftlichen Prozess gefährden. Ziel der Friedensarbeit wäre es, Grundgedanken der Gewaltfreiheit bekannter zu machen und interessierte Menschen zu befähigen, in ihrem persönlichen Umfeld und politischen Handeln gewaltfreier zu agieren. Insbesondere sehen die Befragten hier die Rolle der Kirche als Seelsorgerin und Friedensstifterin.

## **2.7 MÖGLICHE ROLLE DER EVANGELISCHEN KIRCHE**

Aufgrund des anfänglichen Projektkonzeptes war die Rolle der evangelischen Kirche (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz - EKBO) in der Region Bestandteil aller Interviews. Die Oberlausitz ist wesentlich katholischer geprägt als die Niederlausitz. Die Ausbreitung des katholischen Bistums Görlitz umfasst die gesamte Lausitz. Aus den Dekanaten Cottbus, Finsterwalde/Lübben, Görlitz, Neuzelle und Senftenberg entstanden 2004 die drei neuen Dekanate Cottbus-Neuzelle, Lübben-Senftenberg (Brandenburg) und Görlitz-Wittichenau (Sachsen). Damit entspricht das Bistum ungefähr dem evangelischen Sprengel Görlitz. In den Gesprächen spielt die Unterscheidung zwischen katholischer und evangelischer Kirche eine untergeordnete Rolle. Für zukünftige Betrachtungen scheint es angemessen, die beiden großen Konfessionen ökumenisch zu denken.

Die Mehrheit der Befragten war zunächst überrascht, dass die EKBO im ursprünglichen Konzept eine derart zentrale Rolle einnehmen sollte. Nur wenige Menschen in Ostdeutschland, und erst recht in der Lausitz, seien Kirchenmitglieder. Die Reichweite und das gesellschaftliche Gewicht der Kirche beschränkten sich auf wenige Bereiche und im Alltag wäre sie kaum präsent. Aufgrund der sozialistischen DDR-Vergangenheit hätten nicht wenige Menschen gar keine Kenntnis über die Kirche. Dies reiche bis hin zu ihrer Ablehnung.

In der weiteren Reflexion finden jedoch viele Gefallen an der Idee, der Kirche eine herausragende oder zumindest zentral-unterstützende Aufgabe zu geben. Fast alle sind sich einig, dass die Herausforderungen in einem Gemeinschaftsprozess für einen Akteur zu groß sind,

die Kirche aber unbedingt Teil eines Projektes sein sollte. Vorteile seien die nach wie vor weit verbreitete örtliche Präsenz, der feste Mitarbeiter- und Mitgliederstamm, die kontinuierliche Arbeit, die Sichtbarkeit und das grundsätzliche Vertrauen. Einigen ist die Enttäuschung anzumerken, dass die Kirche bis dato keine offensivere politische Haltung eingenommen hat. Andere zeigen sich überrascht, dass sie bei ihren eigenen Überlegungen nicht an die Kirche gedacht haben.

## 2.8 KOMMUNIKATION

Bei allen, die sich für eine Zukunft nach der Braunkohle interessieren, ist die Enttäuschung groß. Einer der Befragten drückt es so aus: „Jeder weiß, dass die Braunkohle endet. Und wir machen nichts daraus“. Der fehlende zeitliche Horizont untergräbt das soziale Leben und sorgt für Konflikte. Viele Gesprächspartner warnen davor, die Konflikte zu unterschätzen. Die Diskussionen könnten einen Prozess belasten und sogar überlasten. Trotzdem wäre es an der Zeit, sich um einen solchen Prozess zu kümmern. Nur wie? Bisher seien alle Ansätze gescheitert. Aber „nur in Quatschbuden darüber reden“ wollten sie trotzdem nicht.

Für diejenigen, die nicht mehr von einem aktiven Tagebau betroffen sind, ist die Frage nach der Zukunft genauso präsent wie für die anderen. Bis auf wenige Ausnahmen sorgen sich alle um notwendige Anpassungsmaßnahmen, die die wirtschaftliche, landschaftliche, demografische und soziale Entwicklung zukunftsfähig gestalten können. Aber während die Tagebaubetroffenen diese Frage immer mit dem weiteren Ausbau verbinden, sind für die entfernter lebenden Lausitzer die Folgen der stillgelegten Tagebaue präsenter. Gerade im Spreewald ist zum Beispiel durch die Verockerung der Spree ein neues Bewusstsein für die langfristigen Folgen entstanden. Mit „Verockerung der Spree“ wird ein Phänomen beschrieben, bei dem hohe Konzentrationen an Eisenhydroxid die Spree und die im Einzugsbereich der Spree liegenden Fließgewässer verfärben, zu Schlammablagerungen führen und die aquatische Lebenswelt beeinflussen.

Mit Blick auf eine mögliche Prozesskommunikation kommt immer wieder das so genannte „Blühende Landschaften Syndrom“ zur Sprache. Aufgrund vieler gescheiterter Versuche würden Lösungen und Ansätze von außen mit Skepsis betrachtet – im schlimmsten Fall auch mit Zynismus. Durch einen respektvollen Umgang und achtsame Kommunikation könnten unterstützende Impulse von außen aber notwendige Prozesse anstoßen. In dieser Frage gibt es gleichermaßen Bedenken und Hoffnungen. „Einen neutralen Ort für engagierte Köpfe schaffen“ ist einer der Wünsche an den Prozess. Zurzeit gäbe es nur wenige Freiräume für die kreative Auseinandersetzung mit einer solchen Fragestellung.

Die Medienlandschaft ist in der Lausitz wie in vielen anderen ländlich geprägten Regionen stark ausgedünnt. Die journalistische Abdeckung ist aufgrund großer räumlicher Distanzen schwierig bis unmöglich. Der Erwerb von klassischen Medien wie Zeitungen ist für viele nicht mehr erschwinglich. Die wenigen verbleibenden Medien prägen das öffentliche Meinungsbild. Im Falle der Lausitzer Rundschau und weiterer Regionalmedien schlägt sich eine positive Haltung zum Kohletagebau in der Berichterstattung nieder. Einige Gesprächspartner bemängeln diese Einseitigkeit.

Die Internationale Bauausstellung (IBA Fürst-Pückler-Land im Süden des Landes Brandenburg von 2000 bis 2010) als Kommunikationsprozess erfuhr hingegen, welche Rolle vor allem überregionale Medien bei der lokalen Deutung und positiven Bewertung spielen können. Einige Projekte erlangten erst regionale Bedeutung und Akzeptanz, als sie vollendet und positiv inszeniert waren. Die Macher der IBA lernten auch, dass es wichtig ist, betroffene Akteure im Rahmen von ergebnisoffenen Kommunikationsprozessen einzubeziehen.

Dass Bürgerbeteiligung und Stakeholder-Prozesse jedoch noch nicht Teil der üblichen regionalen Governance- und Kommunikationskultur sind, zeigt unter anderem die Aussage eines Regionalplaners: „Ich wünsche mir mehr Unterstützung bei der Einführung von Bürgerbeteiligung in der regionalen Planung.“

## 2.9 GEOGRAFISCHE UND UMWELTASPEKTE

Der Klimawandel und seine Auswirkungen kommen in keinem der Gespräche direkt zur Sprache. Ein Gesprächspartner weiß zu berichten, dass bei entsprechenden Veranstaltungen immer weniger Teilnehmer kämen, aber „immer die gleichen Verdächtigen, die man schon kennt“. Auch spürbare Auswirkungen wie sich mehrende Überschwemmungen spielen keine Rolle. Eher würde „Hochwasser als Volksspektakel zum gemeinsamen Sandsäckeschleppen“ verstanden. Die Kommunikation der Umweltverbände zum Thema ist einigen Befragten zu normativ geprägt. Einer ist sogar der Meinung, dass sie fast „ein Wohlwollen gegenüber dem Scheitern“ hätten.

Vielleicht wird das Thema Klimawandel und die Auswirkungen der CO<sub>2</sub>-Emissionen durch die offensichtlichen Kohletagebaufolgeschäden überdeckt. Einige dem Kohletagebau geneigte Gesprächspartner betonen, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Kohletagebau global zu vernachlässigen seien. Die Lausitz „schrumpft sich auf das Maß zurück, dass die Natur trägt“, bringt es jemand auf den Punkt.

Die Lausitz ist eine eigenständige Grenzregion (Polen, Brandenburg, Sachsen), die sich als weit weg von allen Zentren (Warschau, Potsdam/Berlin, Dresden) versteht. Orientierungspunkte sind im sächsischen und südbrandenburgischen Raum (Landkreis Elbe-Elster) Dresden, im Landkreis Dahme-Spreewald Berlin und im Landkreis Spree-Neiße Cottbus und Berlin. Potsdam als Landeshauptstadt spiele eine untergeordnete Rolle. Genauso schätzen die Befragten auch das Interesse „der Potsdamer“ an der Lausitz als gering ein.

Ein sorbischer Gesprächspartner wies auf die Gemeinsamkeiten zwischen Wales (Minderheitenrechte der Waliser) und der Lausitz hin. Den walisischen Umgang mit der Minderheit hielt er für wesentlich besser. Auch diese Region hätte die Herausforderungen „nach“ dem Kohletagebau gemeistert. Nordrhein-Westfalen sei nach Meinung vieler nach der Deutschen Einheit ein eher hinderliches Partnerland für die Entwicklung Brandenburgs gewesen. Mit Blick auf eine ähnliche Randlage und die strukturelle Benachteiligung wäre eine Kooperation mit dem Saarland vielleicht passender gewesen.

In der durch den Kohleabbau geprägten Landschaft spielt die Landwirtschaft als Wirtschaftsfaktor eine geringere Rolle als in anderen Teilen des Landes. Die Verfügbarkeit von Boden ist insgesamt stark eingeschränkt. Hinzu kommt, dass die Bodenqualität nach

dem Tagebau besonders schlecht ist. Durch die häufig naturbelassene Nutzung entstanden deshalb große Naturparks, zu denen ehemals militärisch genutzte Truppenübungsplätze, renaturierte Kohletagebaufolgelandschaften und alte Kulturlandschaften gehören.

Die Bewohner beobachten diese Entwicklung mit einer gewissen Ambivalenz. Einerseits erschließt sich neues touristisches Potenzial und neuer Erholungsraum. Andererseits ist der Prozess Teil einer industriellen Schrumpfung. Dass in der Lausitz wieder Wölfe und Elche heimisch geworden sind, kommentiert einer der Befragten so: „Wir sind die Region, in der die Wölfe heulen“. So mancher sieht darin jedoch eine Chance für die Verbindung von nachhaltiger Entwicklung und nachhaltigem Wirtschaften. Dieser Gedanke findet in der Lausitz bisher kaum Beachtung. Im Gespräch mit einem Gastwirt einer Dorfgaststätte kommt dies besonders deutlich zum Ausdruck. Er beschwert sich über das Erscheinungsbild der Windkraftparks und plädiert gleichzeitig dafür, dass für die wirtschaftliche Entwicklung des Dorfes „wieder ein Kraftwerk gebaut wird, damit die Leute wieder in Arbeit kommen“.

## 2.10 LAUSITZ. GEMEINSAM DENKEN; GEMEINSAM HANDELN?

Bei der Frage nach Gemeinsamkeiten der drei Lausitzer Teilbereiche stoßen die meisten schnell an Grenzen. Am leichtesten fällt es den Sorben, die Lausitz über Landesgrenzen hinweg als eins zu sehen. Die Unterscheidung zwischen Wenden (Niederlausitz) und Sorben (Oberlausitz) lehnen Befragte als unnatürlich ab. Auch nicht-sorbische Gesprächspartner sprechen von der sorbischen Kultur und Tradition als vereinigende Kraft – augenzwinkernd auch vom Wetter, „das die gesamte Lausitz vom Rest der Republik abhebt“. Praktisch scheitern die Gemeinsamkeiten schon an einer gemeinsamen Landkarte. Interessierte könnten diese nicht einmal bei den Landesvermessungsämtern oder spezialisierten Läden kaufen, da sie einfach nicht existiert.

Während sich auf kommunaler Ebene einige funktionale Kooperationen entwickeln, gibt es auf Landesebene in Brandenburg und Sachsen wenige vereinigende Ansätze. Eine derzeitige Initiative ist die erste gemeinsame Landesausstellung 2014 im Schloss Doberlug. Das 200. Jubiläum des Wiener Kongresses von 1814/15 gibt Anlass, der Neuordnung Europas zu gedenken. Dabei fielen große Teile von Sachsen an Preußen. Die Niederlausitz wurde mit der Hälfte der Oberlausitz unter preußischer Herrschaft vereint. Mehrere Befragte äußern sich dennoch kritisch über die Veranstaltung und ihren Aufhänger. Unter dem Slogan „Wo Sachsen Preußen küsst“ finden sie sich nicht wieder. Der Ansatz der Ausstellung gebe (wieder einmal) dem zentralistisch geprägten Preußentum den Vorrang. Die Lausitz sei historisch gesehen viel länger sorbisch als preußisch geprägt gewesen.

Den polnischen Teil der Lausitz ins Bild zu integrieren, sorgt bei den meisten Befragten für Schwierigkeiten. Die Sprachbarriere sei eine hohe Hürde, die auch nach 20 Jahren offener Grenzen nicht überwunden sei. Selbst in Grenzstädten wie Guben/Gubin sei nach Aussage von Ansässigen vom anfänglichen Enthusiasmus wenig übrig geblieben. Kleinere Projekte hätten weiterhin Bestand – vor allem über personenbezogene oder thematische Verbindungen und Netzwerke (z.B. in den Bereichen Ausbau erneuerbare Energien, kultureller Austausch, Kohletagebauwiderstand). Von offizieller Seite gäbe es relativ wenige Gemeinsamkeiten. Die meisten sind daher zwar der Ansicht, die Lausitz als Ganzes denken zu müssen.

Die praktische Umsetzbarkeit auch über Ländergrenzen hinweg stößt jedoch auf große Skepsis.

Ein Gesprächspartner weist noch darauf hin, dass alle Strukturen letztlich nur „Kunstgriffe“ seien. Auch „Landkreise, Gemeinden, Städte und Ortsteile und die Region Lausitz können wieder geändert werden“. Die anstehende Gebietsreform führe ja auch zu einer kommunalen Neugliederung. Neue und größere Verwaltungseinheiten entstehen. In zwei Gesprächen kommt ein interessantes gesellschaftspolitisches Kunstprojekt zur Sprache. Dieses reiche zwischenzeitlich von „Slubfurt“ – ein Kunstbegriff, der die beiden Städte Frankfurt/Oder und Slubice vereint – bis hinunter an die deutsch-tschechische Grenze. Das so neu entstandene Land „Nova Amerika“ möchte eine neuartige Realität konstruieren. Indem es die gesamte Grenzregion als das „neue Amerika“ mit Doppel-Städten entlang der bestehenden Grenzen definiert, wird aus dem Niemandsland an der Grenze ein neues Land.

Während ein gemeinsamer Leitbildprozess für die Lausitz noch vorstellbar scheint, sind die meisten Teilnehmer nicht davon überzeugt, dass daraus auch ein gemeinsamer Handlungsraum entstehen kann. Der Wunsch nach mehr Zusammenarbeit in der regionalen Entwicklung ist aber bei allen spürbar. „Ich wünsche mir, dass wir als Lausitzer einheitlich wahrgenommen werden und das auch nach außen tragen“, sagt eine Teilnehmerin. „Gemeinsam planen und handeln in Zeiten der Leere“, formuliert ein anderer. Die Vorstellung, wie das möglich sein soll, scheint allerdings sehr begrenzt. Auch die ständig schwärenden Konflikte um die Zukunft der Braunkohle sind in den Augen der meisten Befragten ein potenzielles Problem für einen vereinigenden Prozess.

## 2.11 BRAUNKOHELETAGEBAU

Es überrascht nicht, dass Gesprächspartner, die nah an aktiven oder geplanten Braunkohletagebauen leben, auch in den Gesprächen stärker auf dieses Thema eingehen. Die Tagebau- randbetroffenheit sei auch zu wenig bekannt. Es ginge nicht nur um die Abaggerung neuer Dörfer, sondern auch um die eingeschränkte Lebensqualität, die noch viel mehr Menschen in der Region hinnehmen müssten. Gleichzeitig wehren sich die Menschen dagegen, sich auf ihre „Braunkohletagebaubetroffenheit reduzieren zu lassen“. Diese Perspektive enge sie zu sehr ein und blockiere die regionale Weiterentwicklung. Tatsächlich binden der Widerstand, die bestehende Unsicherheit, die Auseinandersetzungen um Entschädigungen etc. auf beiden Seiten viel Kraft und Energie.

Alle bedauern, dass die Diskussion rund um die angekündigten neuen Tagebaue polarisierend und konfrontativ geführt wird. Kohletagebaubefürworter wünschen sich zügige Planfeststellungsverfahren – „so wie früher“. Kohletagebaugegner sehen in den bestehenden Gremien und Dialogangeboten keine wirklichen Alternativen zum Protestieren und Klagen. Obwohl sich alle Gesprächspartner einen echten, respektvollen Dialog wünschen, halten sie einen solchen nicht für möglich. Kohlebefürworter werfen den Kohlegegnern vor, irrational, fremdgeleitet und konfrontativ zu agieren. Auf der anderen Seite ist den Kohlegegnern unklar, wie in den durch Vattenfall beeinflussten Prozessen und Gremien ein Austausch auf Augenhöhe zustande kommen soll.

Eine Befragte erinnert sich, dass sie bei einem konfrontativen Aufeinandertreffen der Pro- und Contra-Braunkohle-Gruppen dachte: „Hey, Kumpel, rede mit mir über die Zukunft der Lausitz – ohne Zerstörung!“ Sie ärgere sich aber gleichzeitig über die Pro-Kohle-Kampagne von Vattenfall, die überregional signalisiere, dass die Lausitz „eine verlassene und ausgekohlte Region“ ist und die Chancen geringer werden, dass junge Menschen gerne hier bleiben möchten. Auch die durch den Verein „Pro-Braunkohle“ verschärfte Tonart habe viele lokale Akteure zutiefst verletzt und trage zur Verhärtung der Positionen bei.

Trotz der gegensätzlichen Grundhaltung gegenüber der Braunkohle finden sich insgesamt überraschend wenige Gesprächspartner, die einen sofortigen Ausstieg aus der Braunkohle fordern. Insbesondere die in der Lausitz lebenden Befragten betonen die Notwendigkeit eines langfristigen Zeitvorlaufs für einen „Einstieg in den Ausstieg“. Sie sind weit davon entfernt, jeglichen Kohletagebau abzulehnen und akzeptieren eine Bestandssicherung an Vattenfall als Garant für einen geregelten Übergang. Eher ist Konsens, dass ein Ausbaustopp zur Planungssicherheit das Ziel sein muss, um vor diesem Hintergrund auch alternative Nutzungen der Kohle diskutieren zu können. Mehrere Gesprächspartner betonen, dass die Braunkohle als Rohstoff sinnvoller nutzbar wäre, als sie nur zu verstromen.

Gleichzeitig wiegt die Erfahrung des Arbeitsplatzverlustes schwer. In vielen Familien ist sie durch den wirtschaftlichen Niedergang der Region sehr präsent. Das lässt die meisten Befragten differenziert abwägen. Die zwei polnischen Gesprächspartner sind sich einig, dass die Lage in Polen zusammen mit den Entwicklungen in Deutschland gesehen werden müsse. Beide meinen, dass gute Kontakte zwischen den Ausbau-Gegnern auf beiden Seiten bestünden. Die Arbeit auf polnischer Seite würde sich gerade darauf konzentrieren, die Bevölkerung über die negativen Seiten des Ausbaus zu informieren und alternative Beispiele fassbarer zu machen. Hierzu müssten die negativen Auswirkungen des Kohleabbaus auf die lokalen Wirtschaftskreisläufe bekannter gemacht und Projekte für erneuerbare Energien mit Vorbildcharakter gestaltet werden.

## 2.12 AKTEURE UND AKTEURSKONSTELLATIONEN

Vor Ort spielen personenzentrierte Netzwerke eine große Rolle, sind aber von außen schwer zu erfassen. So konnte zum Beispiel das Bündnis Zukunft Oberlausitz nur entstehen, weil die Gründungsmitglieder über umfassende eigene Netzwerke verfügen und gleichzeitig schon miteinander in Beziehung standen. Die Gesprächsrunde „Neue Horizonte“ besteht nicht mehr. Sie war jedoch ihrer Zeit voraus und ist bis heute intellektueller Bezugspunkt für ihre ehemaligen Mitglieder. Ein Künstlerehepaar in Mühlberg/Altenau an der brandenburgisch-sächsischen Grenze hat unter dem Titel „Hässliche Heimat“ ländliche Raumentwicklung künstlerisch gedacht und bis nach Dresden vernetzt. Ein Diplom-Ingenieur hat in Guben zusammen mit weiteren Partnern eine Solargenossenschaft gegründet, die jetzt bundesweit hunderte Mitglieder hat.

Diese und ähnliche Netzwerke sind ein wichtiger Anknüpfungspunkt, um Akteure und Institutionen für die Entwicklung alternativer Zukunftspfade zu finden. Innerhalb der Voruntersuchung wurde eine entsprechende Sammlung von Akteuren und Institutionen erstellt, um in einem möglichen späteren Prozess darauf zurückgreifen zu können.

### 3. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Welche Handlungsempfehlungen folgen aus der Voruntersuchung? Schlüsse lassen sich sowohl für die methodischen Grundlagen einer konzeptionellen Überarbeitung des ursprünglichen Konzeptes als auch für ein „How To“ für die nächsten Schritte ziehen:

- **Regionale Prozesse lassen sich nicht ohne eine große Anzahl von institutionellen Akteuren und Akteursgruppen planen.** Insofern war der Ansatz richtig, einen Prozess bei der Kirche als Projektträgerin anzusiedeln, da sie selbst an vielen Orten präsent ist und eine heterogene Mitgliederstruktur hat. Noch geeigneter wäre es, durch den Aufbau eines Bündnisses schon im Vorfeld eine größere Anzahl von Akteuren zusammen zu bringen und die Initiative mit dieser Koalition zu starten.
- **Es gibt keine Institution, die genügend Kapazität hat um handlungsfähig für die gesamte Region zu sein.** Hier hätte der ursprüngliche Ansatz zu kurz gegriffen. Um zukunftsfähige Koalitionen zu ermöglichen, müssen neue übergreifende Verbindungen zwischen vorhandenen Bündnissen, Akteuren, Organisationen und Institutionen geschaffen werden. Diese neuen Beziehungen bedürfen der Aufbauarbeit und fortwährenden Pflege, damit sie tatsächlich zur gemeinsamen Handlungsfähigkeit führen.
- **Ein neu zu schaffendes Team mit eigener Struktur und/oder Institution ist erforderlich.** Damit kann die notwendige Vernetzungsarbeit dauerhaft gewährleistet werden. Ob hierzu neue Kapazität innerhalb einer bestehenden Organisation geschaffen wird oder eine Neugründung erfolgt, ist zunächst unerheblich. Festzuhalten bleibt, dass die zurzeit bestehenden zivilgesellschaftlichen Netzwerke und Bündnisse - vor allem in der Niederlausitz - zu schwach und/oder thematisch zu einseitig ausgerichtet sind. Sie haben keine Kapazität zusätzlich zu ihren eigenen Aufgaben gemeinsame Prozesse anzustoßen und vor allem diese weiter zu begleiten. Eine unabhängige Institutionalisierung bringt Stabilität und macht vor allem dann Sinn, wenn diese langfristig die Mittel für die Arbeit beschaffen soll.
- **Von Beginn an müssen lokale Akteure in die Konzeption miteinbezogen werden.** Sowohl die Befragung als auch der Abwägungsprozess mit der EKBO haben gezeigt, dass neben großem Interesse auch nicht minder große Bedenken bestehen. Ein wie immer geartetes Projekt kann im ungünstigsten Fall für Entmutigung oder weitere Konflikte in der Region sorgen. Das Interesse an einer Konzeption mitzuarbeiten besteht bei einigen Befragten. Sollten nächste Schritte geplant sein, ist es empfehlenswert auf diese zurückzugreifen.
- Aufgrund der erheblichen Dissonanzen rund um die Kohletagebauentwicklung wird empfohlen, dass sich die **neue Struktur eine Präambel oder einen Code of Conduct für die weitere Zusammenarbeit** gibt. Angelehnt werden könnte dieser an die vom Beirat für Nachhaltige Entwicklung Brandenburgs oder in der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes gegebenen Empfehlungen.

- **Vordringliche Aufgabe ist Prozessarbeit, Moderation und Kommunikation.** Vor allem die Erfahrungen mit der IBA in der Niederlausitz und dem Bündnis Oberlausitz zeigen, dass es nicht ohne das Verständnis geht, dass es sich hauptsächlich um einen Kommunikationsprozess handelt. Regionale Akteure haben hierfür derzeit zu wenig Kapazitäten und Zugriff auf zusätzliche Kompetenzen, um ohne weitere Unterstützung zu einem bewussteren Umgang mit den Veränderungsprozessen zu gelangen. Begleitende Medien- und Öffentlichkeitsarbeit wird erforderlich sein; auch um für regionale und überregionale Akzeptanz und Aufmerksamkeit zu sorgen. Diese Arbeit ist ein wichtiger Grundstein, um Stadt-Land-Potentiale zu Unterstützung der Arbeit auf- und auszubauen.
- **Prozesse für die gesamte Lausitz sind nur bedingt sinnvoll.** Erst einmal erscheinen die räumliche Distanz, die landesbedingten unterschiedlichen Strukturen, die Mentalitäts- und Identitätsunterschiede und, im Fall der polnischen Lausitz, die Sprachbarriere zu groß, um einen lausitzweiten Prozess zu ermöglichen. Dies gilt vor allem für Aktivitäten, die eine dauerhafte Zusammenarbeit erforderlich machen. Dabei die Prozesse voneinander räumlich strikt abzugrenzen, macht keinen Sinn. Gerade in den Grenzregionen der Länder gibt es viele gewachsene Beziehungen und Traditionen, die in sozialen Prozessen wichtige Impulse liefern können. Auch die punktuelle Zusammenarbeit mit regionalen und überregionalen Gruppen und Projekten entwickelt sich normalerweise auf natürliche Weise.
- **Ein Leitbildprozess könnte Start- und Kristallisationspunkt sein, um die gesamte Region ins Blickfeld zu rücken.** Hier wäre es vielleicht auch möglich, durch eine breite Bürgerbeteiligung die gesamte Lausitz einzubinden. Das Leitbild, oder die Vision, dient auch der Sichtbarmachung von neuen, bisher nicht ausreichend wahrgenommenen Handlungsperspektiven und kann in späteren Prozessen immer wieder herangezogen werden. Visionen sind notwendig, um eine neue Energie in die Region zu tragen. Den Menschen in der Lausitz werden schon zu lange zu viele negative Prognosen für ihre Zukunft gegeben, dass sie auch Mut und Kraft brauchen werden, um ins gemeinsame Gestalten zu kommen. Ein Leitbildprozess könnte hierzu beitragen.
- **Raus aus dem Projekthorizont und rein in langfristige Perspektiven.** Die Menschen sind es leid, von kurzfristigen Projekten zu leben oder an ihnen teilzunehmen. Der Respekt vor den anstehenden Aufgaben sollte auch zu groß sein, um mit kurzfristigen Prognosen und Perspektiven zu arbeiten. Falls kein längerfristiger Horizont möglich ist, sollte von einem Projektbeginn abgesehen werden. Das bedeutet auch, dass ein Leitbildprozess nur dann Sinn macht, wenn er in eine Struktur eingebettet werden kann.
- **Gezielter und ausgewogener Einsatz von Events.** Diese machen neben viel Arbeit auch Spaß. Ermutigende Geschichten und gemeinsame Erfolge sind notwendig, um den negativen Prognosen und der angstbesetzten Arbeitsplatzverlust-Kommunikation etwas entgegen zu setzen. Gleichzeitig schafft deren (virale) Verbreitung überregionale Anknüpfungspunkte und generiert Unterstützung. Gutes Beispiel hierfür sind Zukunftskonvente und Zukunftsnächte, die einerseits Unterhaltungscharakter haben

und gleichzeitig gute Beispiele vorstellen, um die Arbeit vor Ort inhaltlich zu befruchten und Menschen zusammenzubringen.

- **Befähigungskapazität ist Teil der Aufgaben.** Prozedurales und vernetztes Denken und Handeln entsteht nicht von alleine. Kontinuierlich könnten Bildungsveranstaltungen zur Vermittlung von grundlegenden Kenntnissen im Bereich Moderation, Beteiligung, politischer Bildungsarbeit in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen angeboten werden. Hier könnte die Grundregel aus der Entwicklungszusammenarbeit helfen: tue nie etwas für Menschen, was sie auch selbst tun können, doch tue alles dafür, damit die Menschen tun können, was sie tun wollen.
- **Unabhängigkeit ist Voraussetzung für das öffentliche Ansehen.** Eine neue Struktur sollte am besten aus mehreren Quellen, nicht überwiegend aus der öffentlichen Hand, finanziert werden. Um konsequent selbstständig zu sein, müssen Ressourcen „mitgebracht“ werden. Die in der Lausitz vorhandenen strukturellen Abhängigkeitsverhältnisse machen es notwendig, über eigene Mittel zu verfügen, um Aktions-, Organisations- und Personalkosten aufzubringen. Das ist gleichzeitig die Voraussetzung dafür, auch in Auseinandersetzungen mit Politik, Verwaltung und Wirtschaft als Verhandlungspartner ernst genommen zu werden. Die von zivilgesellschaftlichen Akteuren beklagte fehlende „Augenhöhe“ kann nur so hergestellt werden.
- **Umsetzungskapazität mit Denken und Gestalten.** Hierzu sind keine großen Förderpötte notwendig, sondern eher soziale Methoden. Diese sollen den Akteuren dabei helfen zu erkennen, welche konkreten Teile eines Problems einen Aktionszusammenhang haben und wie dieser dazu genutzt werden kann, um das Problem zu lösen. Dann können auch gemeinsam Umsetzungsstrategien entwickelt werden, die zur Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort führen. Hierzu können Methoden wie Design Thinking oder Social Labs angewandt werden. Diese Instrumente zeigen, dass es besser ist, einen Prototyp schneller auszuprobieren als lange darüber theoretisch nachzudenken. Solche Elemente können bei der Arbeit von Anfang an eingesetzt werden. Hierbei wird berücksichtigt, dass Menschen selbst aktiv werden wollen („keine Quatschbuden“) und dass konkrete und positive Veränderungen das Aktivitätsniveau hoch halten.
- **Die Arbeit auch als politische Arbeit verstehen.** Die Arbeit einer Initiative ist schon alleine dadurch als politisch zu verstehen, wenn sich in ihr die Sorge um die gemeinsam bewohnte Welt und deren zukunftsfähige Gestaltung ausdrückt. Es darf dabei nicht unterschätzt werden, dass es wahrscheinlich ist, dass Teilnehmer auch aktiv für ihre eigenen Interessen eintreten müssen. Vor Ort könnte das heißen, dass dies gegen die Interessen großer Unternehmen und/oder staatlicher Einrichtungen erfolgen muss. Hierzu kann durch das Bündnis befähigt und bestärkt werden und Kernstücke aus der Community Organizing Methode eingesetzt werden. So sind die Beziehungsarbeit, Förderung von Führungspersonen, Machtanalysen und strategisches Vorgehen, die Entwicklung von Taktiken mit Durchführung und Auswertung von Aktionen sicherlich mit Gewinn zu integrieren.

- **Die räumliche Verortung ganzheitlich sehen und abwägen.** Vor allem in der Niederlausitz überschattet der aktive und zukünftige Kohletagebau vor allem in der Stadt Cottbus, im Landkreis Spree-Neiße und, in geringerem Maß, Dahme-Spreewald alle gesellschaftspolitischen Aktivitäten. Die Landkreise Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster sind davon aktuell in geringerem Maß betroffen und zukunftsbezogene Diskussionen werden weniger konfrontativ geführt. Es wäre abzuwägen, inwieweit es möglich ist, einen „neutraleren Ort“ als räumlichen Ausgangspunkt zu wählen.

#### 4. FAZIT DER VORUNTERSUCHUNG

Um in der Lausitz einen Beteiligungsprozess erfolgreich durchzuführen, braucht es langfristige Perspektiven und den Mut, vertraute Ansätze neu zu kombinieren. Nicht die „eine“ Methode sollte dabei in den Vordergrund treten, sondern eine Zusammenstellung von miteinander gekoppelten Instrumenten. Ob Zukunftsprozesse dabei eine Chance auf Erfolg haben, hängt davon ab, ob es den beteiligten Akteuren gelingt, gemeinsam zu denken und zu handeln.

Regional ist es zurzeit eher selten, über den engen Kreis von Gleichgesinnten hinaus Unterstützungspotenziale zu suchen und zu nutzen. Zudem fehlt es an weiterführenden, über den eigenen engen Horizont hinausgehenden, kreativen Impulsen. Das gilt mehr oder weniger für alle Beteiligten. Eine bessere Vernetzung kann nennenswerten Einfluss auf Entscheidungsgremien nehmen. Nur dann wird eine Kultur des „nicht mehr weiter so“ möglich. Zurzeit hätte keine einzelne Institution allein die Kraft dazu.

Festgefahrene kulturelle Einflüsse können die regionale Zukunftsfähigkeit und Innovationskraft einschränken. Ein Beispiel blockierender Wirkung ist die Bergmann-Tradition: Sie trägt dazu bei, dass der Ausbau der Kohletagebaue gesellschaftlich weiterhin akzeptiert bleibt.

Im Positiven erlebt die Region eine Wiederbelebung sorbischer Kulturfertigkeiten und Bezüge. Dies geschieht durch junge Menschen, die alte Traditionen neu beleben und interpretieren. Sie wollen sich weder durch den Kohletagebau noch durch den Zukunftspessimismus aus ihrer Heimat vertreiben lassen. Einige entscheiden sich ganz bewusst „dazubleiben“. Beide Entwicklungen zeigen, dass kulturelle Zugehörigkeiten und Traditionen starke Einflussfaktoren sein können. Bei Kommunikationsprozessen müssen sie berücksichtigt werden.

Die Voruntersuchung weist durch ihre Ergebnisse und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen einen Weg mit großer gesellschaftlicher Beteiligung. Ob dieses Verfahren gangbar ist, hängt am Ende von den unterstützenden Faktoren, vorhandenen Ressourcen und beteiligten Akteuren inner- und außerhalb der Lausitz ab. Der Region selbst wäre es zu wünschen, dass neue Ansätze für die regionale Entwicklung entstehen. Um es in den Worten eines der Gesprächspartner zu sagen: er wünscht sich, dass Menschen überzeugend sagen können: „Der Lausitz meine Zukunft geben!“

Mit 33 Teilnehmenden fand im Juni 2014 eine Gesprächsrunde in Großräschen statt, um die Ergebnisse der Voruntersuchung zu diskutieren. Größtenteils hatten die Anwesenden an der Befragung teilgenommen. Die Aufnahme der Voruntersuchung war positiv. Vor allem der leserliche Stil und die treffende, wenn auch sehr kurze, Bestandsaufnahme zur regionalen Lage wurden hervorgehoben „Der Bericht wirkt aus dem Leben gegriffen. Die dargestellten Schwierigkeiten sind immens und regen gerade deswegen auch an, sie anzugehen.“ Nach Ansicht der Teilnehmenden kann die vorliegende Voruntersuchung als Bestandsanalyse „mit Blitzlichtcharakter“ genutzt werden. Sie wird deshalb als Ausgangspunkt für weitere Vernetzungsprozesse eingesetzt werden.

Für das weitere Vorgehen, wurden folgende Punkte als besonders wichtig angesehen:

- Thematisches Fokussieren als Lehre aus dem IBA Prozess. Themen könnten zum Beispiel die Umsetzung der Energiewende sein, Fragen der Daseinsvorsorge zu lösen oder eine neue, innovative Verbindung zweier oder dreier Themenfelder unter einem Dach sein.
- Es gibt keine „Guten und Bösen“ im Prozess. Alle Akteure sind wichtig, sofern sie bereit sind unter den gesetzten Vorzeichen konstruktiv mitzuarbeiten. Unterschiedliche Meinungen bedeuten grundsätzlich nicht, dass nicht gemeinsam an der Zukunft gearbeitet werden kann. Zentral ist die Frage: „Wie kann die Lausitz mit ihren vorhandenen Stärken ihre Zukunft gestalten?“
- Ein solcher Prozess sollte konkret sein und formuliert ein gemeinsames Ziel. Durch die Arbeit wird aufgezeigt, dass es schon andere Ansätze gibt als das was zurzeit im Mainstream als alternativlos dargestellt wird. Kernelemente sind daher eine lokale Identität und der innovative Perspektivenwechsel.
- Strukturwandel ist eigentlich nicht ohne Begleitung und Rahmensetzung durch die Politik möglich. Wenn diese aber nicht handelt, fällt es anderen Akteuren zu (Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft) selbst aktiv und handlungsfähig zu werden. Nichtsdestotrotz müssen Rückkopplungsmechanismen in Verwaltung und vor allem Politik eingeplant sein. Gerade auch um Druck aufzubauen und Unterstützung einzufordern.
- Bündnisse und Vernetzungsaktivitäten sind zeitaufwändig und brauchen eigene Mittel. Für die Umsetzung wird es notwendig, neue Unterstützungsstrukturen für die Region zu aktivieren. U.a. könnten dies politische oder Umwelt-Stiftungen sein. Wichtige Potentiale ruhen in den regionalen Hochschulen und Universitäten. Innerhalb der umstrukturierten BTU könnte es ein Angebot sein, zur Neuprofilierung durch die Prozessbegleitung einzuladen. Auch Rückkehr-Interessierte in den beiden großen Städten Berlin und Dresden sind Ressourcen „vor der Haustüre“.

- Die größten Potentiale werden eher in einer kleinteiligen Orientierung gesehen, die kleineren vorhandenen Wirtschafts- und Sozialstrukturen den Vorrang geben. Zukünftig spielt dieser Perspektivenwechsel eine noch größere Rolle.
- „Plan A“ ist Ausdruck des Strukturwandels, der in der Lausitz schon lange im Gang ist. Trotz aller damit verbundenen Dramatik vollzieht sich dieser Wandel schon tagtäglich. Um diese Sichtweise stärker in den Vordergrund zu rücken, sind gemeinsame Debatten und Projekte notwendig. Hierfür sollen sichtbare lokale Räume geschaffen werden; damit weitere Akteursgruppen angezogen und eingebunden werden.

Nicht ein Leitbildprozess, sondern eine neue Kooperationsplattform wird gebraucht. Diese kann das umfangreiche Wissen der beteiligten Akteure neu verorten, kooperativ nutzbar machen und bündeln. Nach Abschluss der Voruntersuchung folgt eine Konzeptionsphase. Alle Interessierten wurden eingeladen, sich daran weiter zu beteiligen. Hierzu wurde auf Basis der Erkenntnisse aus der Voruntersuchung im Herbst 2014 zu einer konzeptionellen Klausur mit anschließender Antragserstellung und Mittelbeschaffung eingeladen.

### ANHANG I: DIE PROJEKTIDEE

Die ursprüngliche Projektidee ging davon aus, dass ein von der evangelischen Kirche als Projektträgerin getragener Leitbildprozess hilfreich wäre, damit sich die die Bürger selbst als aktiv Handelnde verstehen können. Der notwendige Wandel wird dann als Chance für eine positive Zukunftsentwicklung des Landes und für den eigenen Lebensstil begriffen. Ziel des Beteiligungsprozesses wäre es, einen Freiraum zu schaffen, der den Bürgern diese Erfahrung anbietet.

Das Projekt wollte:

- gemeinsam mit allen Akteuren eine regionale Vision bzw. ein Leitbild entwickeln
- ein hohes Maß an gesellschaftlichem Konsens stiften
- bisherige Streitlinien und gesellschaftliche Konflikte überwinden
- positive Energie freisetzen durch gemeinschaftliche Imagination und gemeinsames Handeln
- tragfähige, zum Teil auch neue, Beziehungen zwischen den Beteiligten herstellen
- neues Wissen schaffen, Ressourcen identifizieren, neue, bisher nicht ausreichend wahrgenommene Handlungsperspektiven aufzeigen
- zusammen mit Beteiligten Wege entwickeln, wie sie von der Vision zur konkreten Umsetzung einzelner Schritte gelangen können.

Das Projekt sollte die Resilienz der teilnehmenden Menschen stärken. Resilienz sind Strategien und Maßnahmen, die alternative Möglichkeiten aufzeigen und die persönlichen und gesellschaftlichen Handlungsspielräume erweitern. Voraussetzung dafür sind Mut und Kraft, Unsicherheit auszuhalten, Widersprüche zuzulassen, Verantwortung zu übernehmen und neue Lebensmodelle auszuprobieren. Besonders wichtig ist, anhand positiver Beispiele zu zeigen, dass es zum Bestehenden Alternativen gibt

Um diese Ziele zu erreichen, wurde ein durchgängig moderierter Arbeitsprozess mit einem größtmöglichen Maß an Bürgerbeteiligung vorgeschlagen. Der Prozess selbst sollte in zwei Stufen ablaufen, 2013 beginnen und bis 2015 abgeschlossen werden. Zunächst sollte mit einer neun- bis zwölf-monatigen Recherche-, Konsultations- und Planungsphase begonnen werden. Dieser Teil des Projektes dient der Vorbereitung des eigentlichen Zukunftsgipfels unter breiter Beteiligung der Bevölkerung.

In allen Arbeitsphasen sollte es darum gehen, ein Höchstmaß an Verständigung zwischen den beteiligten Akteuren sowie ein möglichst präzises Verständnis über offene Fragen und den weiteren Beteiligungsbedarf zu entwickeln.

### 1.1 QUALITATIVE BEFRAGUNG

Kern der Voruntersuchung war die Befragung von 63 Personen, die in der Lausitz leben oder sich beruflich mit der Region befassen. Zum Großteil wurden die Gespräche vor Ort geführt und dauerten von 45 Minuten bis zu drei Stunden. Die nicht-standardisierte, qualitative Befragung orientierte sich am Thema „aktive Zukunftsgestaltung in der Lausitz“ und wurde mit einem groben Gesprächsleitfaden durchgeführt. Den Interviewten wurde dabei viel Freiraum gelassen, um ihre eigenen Perspektiven in Form der von ihnen subjektiv entwickelten Sinnzusammenhänge darzustellen.

Das Design der Voruntersuchung zielte nicht darauf ab, eine repräsentative sondern eine aktivierende Befragung durchzuführen. Die Auswahl der zu Befragenden sollte möglichst aus allen Feldern von Wirtschaft, Verwaltung, Politik erfolgen, konzentrierte sich allerdings auf die Zivilgesellschaft (NGOs, Kirche, Wissenschaft, Kultur, Soziales etc.). Gesucht wurden eher veränderungsbereite und innovative Akteure. Ein späterer Beteiligungsprozess sollte deren Wünsche als treibende Kraft für die regionale Zusammenarbeit und Kooperation nutzen.

Dadurch wurden wesentliche soziale Phänomene in der Lausitz durch die Augen der Befragten aufgezeigt. Dieses spezifische und kontextbezogene neue Bild der regionalen Befindlichkeiten war eines der Ergebnisse der Voruntersuchung. Vor allem wenn Befragte wiederholt auf ähnliche Phänomene hinwiesen und Übereinstimmungen auftraten, war das für die Darstellung der Situation bedeutsam. Dieses Wissen wird im Abschnitt „Ergebnisse“ dieses Berichts dargestellt. Im Text werden zusätzlich einzelne Zitate von Gesprächspartnern hervorgehoben, um bestimmte Sachverhalte zu verdeutlichen oder zuzuspitzen. Hinzugezogen wurden einige zusätzliche Quellen, die im Anhang III „Literaturliste“ aufgeführt sind.

Alle Teilnehmer erhielten zunächst eine E-Mail mit Ausführungen zum Projekthintergrund der Voruntersuchung. Danach wurde ein telefonisches Gespräch geführt, um Fragen zu klären und einen Gesprächstermin zu vereinbaren. Schwierig war die Ansprache von polnischen Lausitzern: Trotz einer Anzahl von Kontakten, konnten am Ende nur zwei Personen befragt werden; wovon einer in Krakau lebte und bei einer Umweltorganisation arbeitete.

Insgesamt wurden 17 Gesprächsanfragen nicht abschließend beantwortet und drei direkt (wg. Krankheit, Termindruck und ohne Begründung) abgesagt. Des Weiteren war kein Vertreter von Vattenfall, dem größten regionalen Arbeitgeber und Kohletagebau- und -kraftwerksbetreiber, zu einem Gespräch bereit. Auch die Anfrage über die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit blieb erfolglos. Von der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE) gab es nach mehrmaligem Nachhaken keine direkte Absage, sondern keine Rückantwort. Für die Darstellung (groß-industrieller) unternehmerischer Interessen wurde daher der Geschäftsführer des Interessensverbandes „Wirtschaftsinitiative Lausitz“ interviewt. Und in Vertretung der gewerkschaftlichen Position die Bezirksvorsitzende des süd-brandenburgischen Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Auch Bemühungen mehr Vertreter des Mittelstandes zu befragen, waren leider während der Voruntersuchung nicht erfolgreich.

Durch das sog. „Snowball Sampling“ Erhebungsverfahren wuchs die anfangs überschaubare Akteursgruppe relativ schnell an. Alle Teilnehmer wurden nach weiteren Personen gefragt, die sie für geeignet hielten, um an der Untersuchung teilzunehmen. Aus dieser großen Gruppe konnten im Rahmen der Voruntersuchung nicht alle Personen einbezogen werden. Dadurch entstand aber eine Liste von regionalen Akteuren, die für einen späteren Stakeholder-Prozess relevant sein könnten. Diese Datenbank ist für einen zukünftigen Prozess ein wichtiges Instrument. Sie ist ein Anfang um Leute zu identifizieren, die sich in der Lausitz für das Thema interessieren und engagieren.

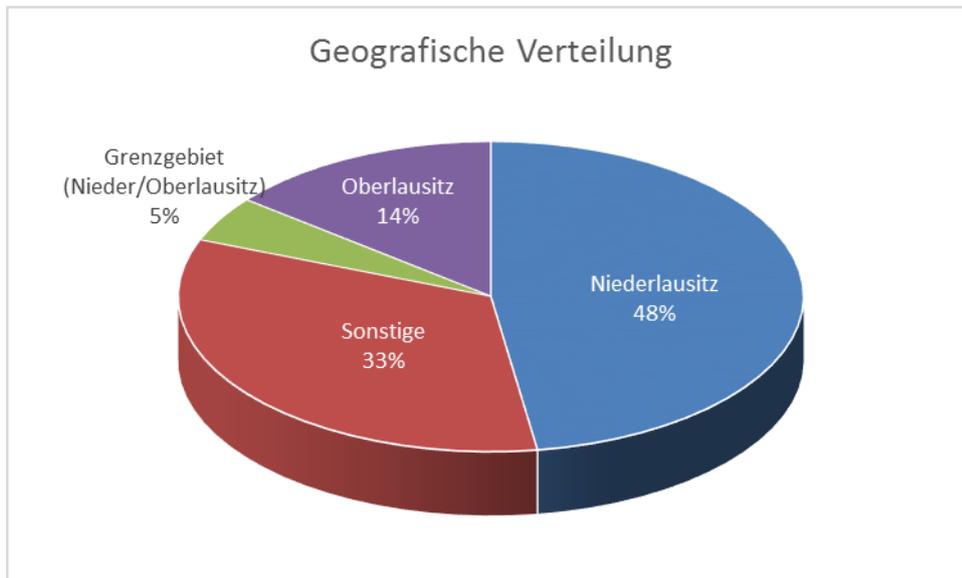
Eine Befragung mit 63 Teilnehmern kann und will aufgrund der sehr kleinen Fallzahl keine repräsentativen Ergebnisse liefern. Allerdings ermöglicht der qualitative Ansatz durch seinen offenen und interpretativen Charakter der Datenerhebung, dass die von den Akteuren selbst gewählten Perspektiven auf die Geschehnisse vor Ort im Mittelpunkt stehen. Die Befragten waren dazu aufgefordert, ihre eigene Handlungsorientierung und ihre eigenen Deutungsmuster der Situation zu reflektieren. Dadurch steht das subjektive Empfinden im Vordergrund. Bei einem späteren Beteiligungsprozess ermöglicht diese Herangehensweise bessere Prognosen darüber, was Menschen bewegen könnte, an einem solchen Prozess teilzunehmen.

## 1.2 GROBER GESPRÄCHSLEITFADEN

- In Bezug auf die Lausitz, welche regionale Entwicklung würden Sie sich wünschen?
- Macht es Ihrer Meinung nach Sinn, die Nieder- und Oberlausitz gemeinsam zu betrachten?
- Kann Ihrer Meinung nach ein Leitbild für „das gute Leben in der Lausitz“ etwas bewirken? Und wenn ja, was?
- Kennen Sie bereits vorhandene Dialogstrukturen, ähnliche Ansätze, frühere Projekte, erste Lösungsansätze vor Ort, die für den Prozess relevant sein können?
- Welche Hindernisse stehen im Wege und (wie) können sie ausgeräumt werden?
- Welche Unterstützungspotentiale gibt es und (wie) können sie genutzt/aktiviert werden?
- Wer sind die Akteure, die in den Prozess (unbedingt) eingebunden sein müssen?
- Empfehlung von weiteren Personen, Namen, Kontaktdaten:
- Sonstige Anmerkungen/Anregungen?

### 1.3 VERTEILUNG

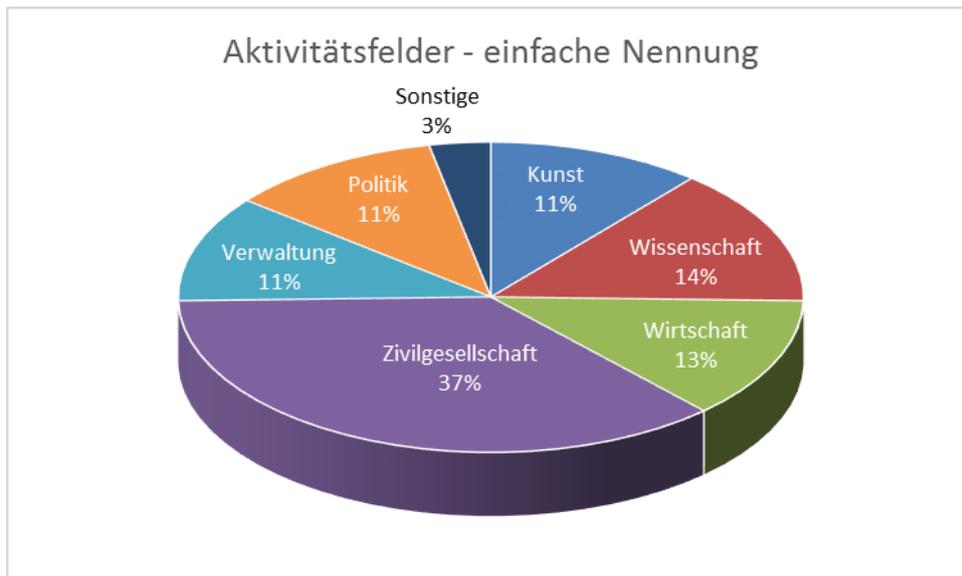
Die Gesprächspartner waren ungleich über die gesamte Lausitz verteilt. In der Mehrzahl lebten sie in der Niederlausitz oder beschäftigten sich beruflich mit ihr (Grafik 1 „Geografische Verteilung“).



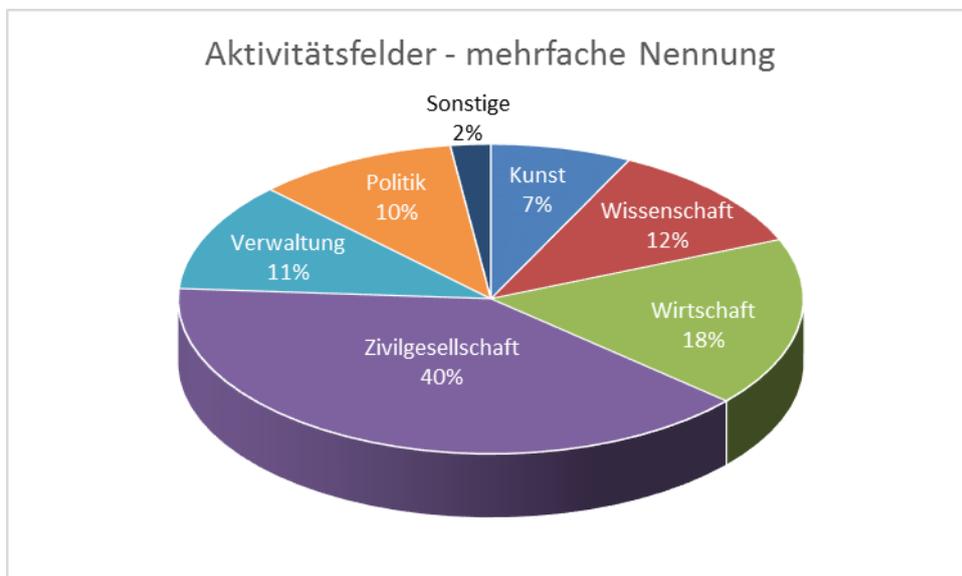
**Grafik 1: Verteilung der Befragten nach Region**

Die ursprüngliche Projektkonzeption hatte über die Kirche als Projektträgerin und die vorgesehene breite Bürgerbeteiligung einen zivilgesellschaftlichen Ansatz. Um zu einer Neubewertung des Konzeptes zu gelangen, wurden bei der Voruntersuchung auch bevorzugt Akteure aus diesem Bereich kontaktiert. In welchem Sektor die Befragten hauptsächlich aktiv sind, zeigen Grafik 2 und 3. Die Grafik 3 „Aktivitätsfelder – mehrfache Nennung“ berücksichtigt, dass 33 Personen sich zu einem Grad in zwei Sektoren engagierten, der es sinnvoll erscheinen ließ, auch beide zu berücksichtigen und somit doppelt zu zählen.

Die erhöhten Werte für „Zivilgesellschaft“ und „Wirtschaft“ zeigen, dass viele Personen sowohl unternehmerisch arbeiten als auch ehrenamtlich tätig sind. Selbstständige sind, nicht nur in der Lausitz, besonders häufig bürgerschaftlich aktiv.

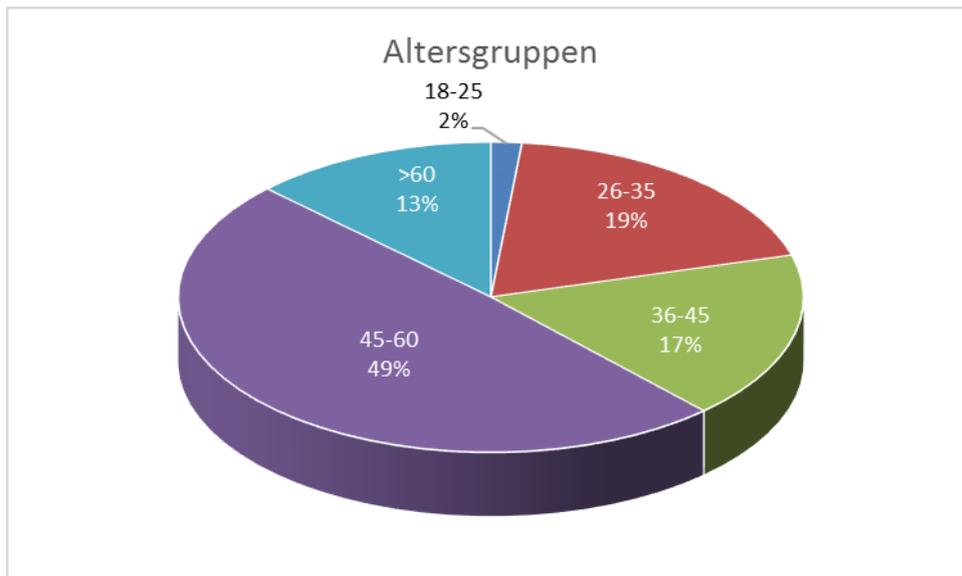


**Grafik 2: Aktivitätsfelder**



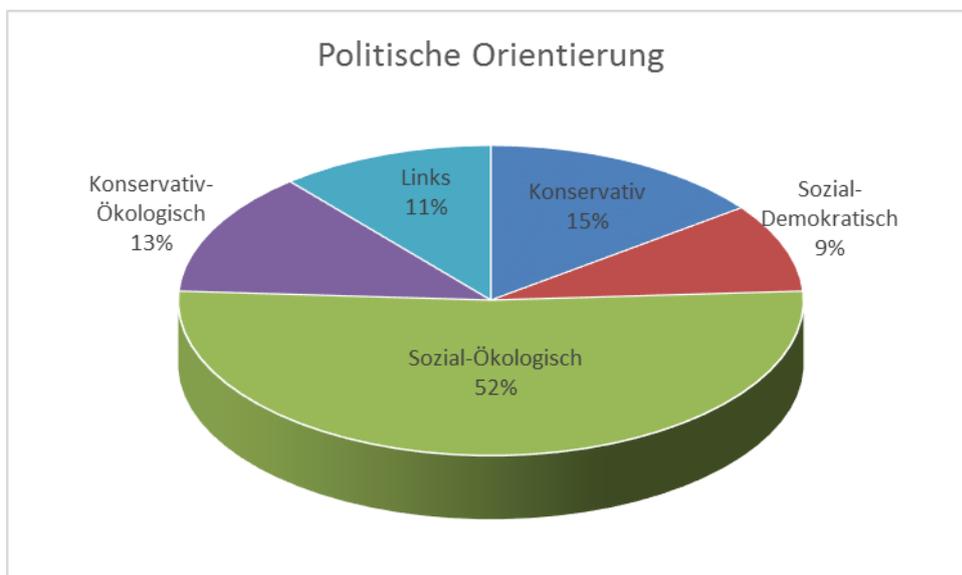
**Grafik 3: Aktivitätsfelder – mehrfache Nennung**

Die Grafik 4 „Altersgruppen“ zeigt, dass die Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Befragung unterrepräsentiert war. Das lag daran, dass sie im öffentlichen Raum schwerer erreichbar sind als ältere Menschen: Sie waren weniger institutionell organisiert und besetzten (noch) kaum öffentliche Positionen und Ämter. Um diese Gruppen in einem zukünftigen Prozess stärker einzubeziehen, müssten hierzu angemessene Strategien gefunden werden. Diese könnten gemeinsam mit Vertretern der Jugendarbeit in Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und sorbischen Institutionen, der politisch und ökologisch orientierten Jugend und weiteren Institutionen entwickelt werden.

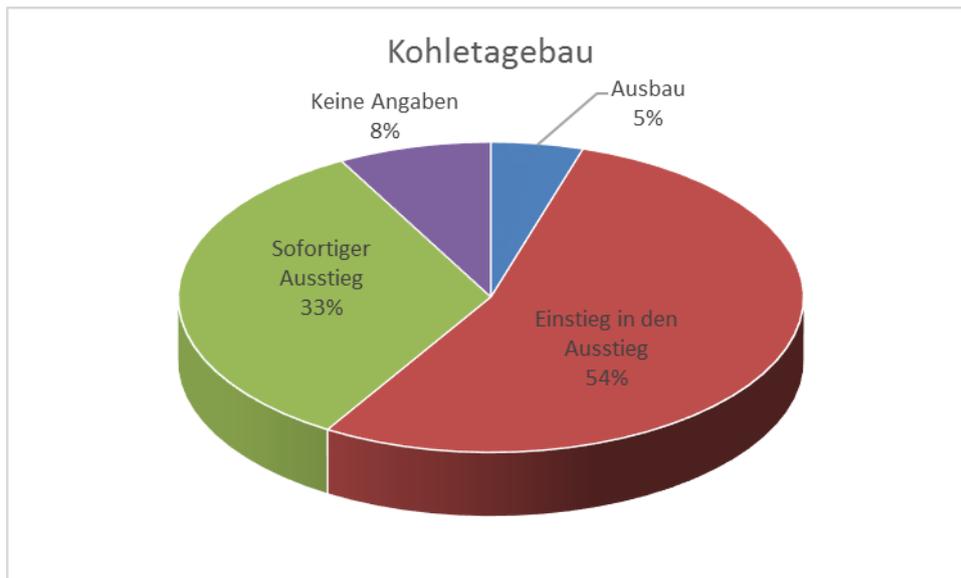


**Grafik 4: Altersstruktur (Angabe in Jahren)**

In Grafik 5 wurde versucht, die politische Orientierung der Befragten darzustellen. Da hierzu keine direkte Frage gestellt wurde, ist die Grafik nur unter Vorbehalt gültig. Sie wurde aus der Parteizugehörigkeit oder den beim Interview geäußerten politischen Überzeugungen indirekt abgeleitet. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die überwiegend sozial-ökologische Haltung nicht gleichzeitig zu einer Mehrheit beim „Sofortigen Ausstieg“ beim Kohle-tagebau führte (Grafik 6 „Kohletagebau“). Das Bild änderte sich auch nicht, wenn die externen, d.h. die nicht in der Region lebenden Personen, ausgenommen wurden: die 47 verbleibenden Personen waren mehrheitlich der Meinung, dass ein „Einstieg in den Ausstieg“ die bevorzugte Option ist.



**Grafik 5: Politische Orientierung**



**Grafik 6: Einstellung zum Kohletagebau**

### ANHANG III: LITERATUR

Brie, Andre & Schippel, Alexander (2011): Lausitz – Landschaft mit neuem Gesicht. Petersberg: Michael Imhof Verlag.

Bundeszentrale für politische Bildung. Mitgliederverteilung nach Bundesländern. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42228/mitgliederverteilung-nach-bundeslaendern> (zuletzt aktualisiert 28.8.2013)

Faber, Kerstin & Oswald, Philipp (Hrsg.) (2013): Raumpioniere in ländlichen Regionen. Edition Bauhaus 35. Leipzig: Spector Books.

Hesse, Janet (2009): Befriedet. Vergessene Orte an der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Hamburg: Edel Germany.

Ifo Institut Dresden. Industrie- und Wirtschaftsregion Lausitz: Bestandsaufnahme und Perspektiven. Online verfügbar unter [http://www.lausitz-branchen.de/medienarchiv/cms/upload/pdf/2013/ifo\\_Studie\\_Lausitz.pdf](http://www.lausitz-branchen.de/medienarchiv/cms/upload/pdf/2013/ifo_Studie_Lausitz.pdf) (zuletzt aktualisiert 10/2013)

IHK Cottbus, Zahlenspiegel 2012/2013 Online verfügbar unter [http://www.cottbus.ihk.de/linkableblob/2112856/.12./data/Zahlenspiegel\\_2012\\_2013-data.pdf](http://www.cottbus.ihk.de/linkableblob/2112856/.12./data/Zahlenspiegel_2012_2013-data.pdf)

Internationale Bauausstellung (IBA) Fürst-Pückler-Land 2000-2010 (Hrsg.) (2012): Verwundete Landschaft neu gestalten. Die IBA Werkstatt in der Lausitz. Berlin: Jovis Verlag.

IBI – Institut für Bildung in der Informationsgesellschaft e.V. (2013) Medienlandkarte Cottbus – Spree – Neiße. Medienangebote suchen und finden. Institutionen, Einrichtungen und Unternehmen in der Region.

Reißig, Rolf & Thomas, Michael (Hrsg.), (2005): Neue Chancen für alte Regionen? Fallbeispiele aus Ostdeutschland und Polen. Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e.V.).

Schluchter, Wolf (Hrsg.) (2010): Die Krise als Chance. Perspektiven für eine zukunftsfähige Region. Oldenburg: dbv Deutscher Buchverlag.

Stadt Großräschen (Hrsg.) (2005): Jürg Montalta: Dokumentation „Alles Verloren – alles gewonnen“. Eigenverlag.

Thomas, Michael (Hrsg.) (2011): Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen. Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e.V.).

Thurmann, Thorsten (2013): Die Internationale Bauausstellung (IBA) Fürst-Pückler-Land. Konfliktumgang und Lernpotentiale in regionalen Netzwerken. Detmold: Verlag Dorothea Rohn.

#### ANHANG IV: ZITATE: WÜNSCHE UND HOFFNUNGEN

„Einen besseren Umgang mit den Ressourcen, vor allem Land, Tier und Menschen!“

„Dass die Schrumpfung nicht als das Schlimmste und Wachstum nicht als das Beste angesehen wird.“

„Dass wir lernen wieder ein Teil der Natur zu sein.“

„Dass ein Bewusstseinswandel stattfindet, dass nicht jeder Arbeitsplatz an die Kohle gebunden ist.“

„Ein Modus der Bescheidenheit im Umgang mit der Situation.“

„Freier Raum um miteinander zu sprechen, ohne Denkschablonen.“

„Dass KMUs und der Mittelstand als Zukunftsfaktor wahrgenommen werden.“

„Lust auf Zukunft haben. Die Lausitzer sind begeistert über ihre eigene Region.“

„Spaßbereitschaft. Bei jungen Menschen, Neugier auf Neues.“

„Dass Kultur und Kulturschaffende auch als Wirtschaftsfaktor wirken und wahrgenommen werden.“

„Raus aus dem Projekthorizont und langfristige Perspektiven.“

„Mehr volkswirtschaftlich als betriebswirtschaftlich denken.“